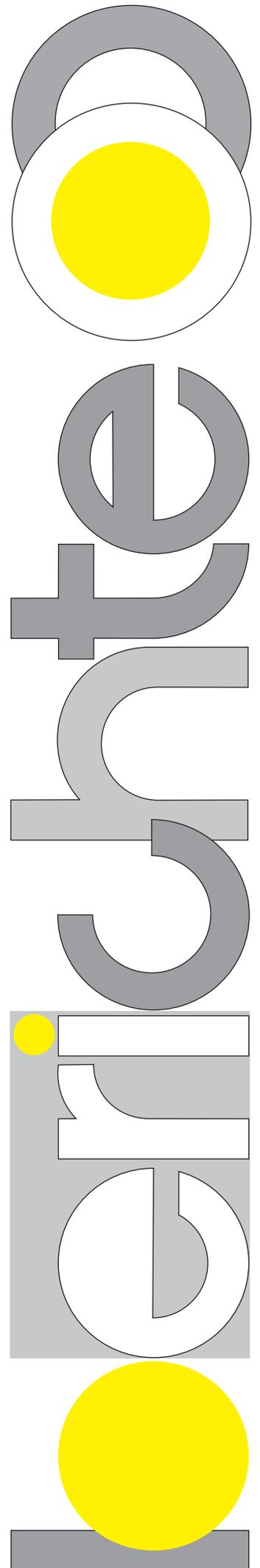




Deutsches Institut für Urbanistik

## Inhalt:

Archiv für Kommunalwissenschaften	2
Europäische Stadtgeschichtsforschung	4
Information, Kommunikation und Multimedia in den Städten: Handlungsfelder Wirtschaft/Arbeit und Infrastruktur	6
Forum Telematische Städte – Komm!	7
Städteumfrage: Wo drückt die Kommunen der Schuh?	8
Flächensparende Siedlungsentwicklung	10
Kommunales EU-Forum	14
Elektronische Difu-Post bringt „Berichte“ ins Haus	16
URBAN 21 – Weltkonferenz zur Zukunft der Städte	17
Interkommunaler Erfahrungsaustausch Stadterneuerung	19
Städteettbewerb Multimedia <i>MEDIA@Komm</i>	21
Ideenwettbewerb Stadt 2030 gestartet	23
DEMOS: Fragebogenmuster für kommunale Umfragen	25
Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft	26
EU-Projekt IANUS gestartet	27
Impressum	27
Bestellschein	28





# Archiv für Kommunalwissenschaften



## **Die institutionellen Grundlagen der Sparkassenorganisation** *Klaus Stern*

Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen und Gefährdungen der Sparkassenorganisation untersucht der Verfasser rechtliche und institutionelle Grundlagen des gewachsenen deutschen Sparkassenwesens. In dem Beitrag wird für eine Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Strukturprinzipien plädiert: öffentlicher Auftrag, Anstaltsform, enge Verbindung zur kommunalen Selbstverwaltung, Anstaltslast, Gewährträgerhaftung, Regionalprinzip. Diese Prinzipien seien geeignet, sie den von der Europäischen Kommission und in einigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland in Gang gesetzten Veränderungen entgegenzuhalten. Der Verfasser schließt mit einem Appell an die Sparkassen- und Kommunalen Spitzenverbände, an dem festzuhalten, „was in guter Tradition begründet wurde“.

## **Der öffentliche Kommunalkredit im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Deutschland**

*Berthold Grzywatz*

Urbanisierung und Stadtentwicklung stellten im 19. und 20. Jahrhundert erhebliche Anforderungen an den deutschen Kapitalmarkt. Die Städte mussten für den Aufbau einer Finanzinfrastruktur und die Absicherung der Kreditnachfrage sorgen. Das Interesse an einer eigenständigen Kreditorganisation, welche die Abhängigkeit von den Privatbanken abmilderte, führte zum Auf- und Ausbau einer im nationalen Rahmen arbeitenden Sparkassen- und Giroorganisation. Da gleichzeitig auf provinzieller und staatlicher Ebene ein Zusammenschluss der Landes- und Staatsbanken durchgesetzt wurde, konkurrierten in den preußischen Provinzen und im Reich vorübergehend zwei öffentlich-rechtliche Bankorganisationen miteinander, deren Kooperation aber bald durch staatliche Intervention erzwungen wurde. Die Zentralisation des kommunalen Anleihewesens, die erfolgreiche Durchsetzung der Sammel- und Einheitsanleihe als effiziente Formen der Gemeindeobligation sowie die Einschränkung des Anleihemarktes konnten jedoch nicht verhindern, dass sich die Bankenkrise am Ende der Weimarer Republik auch als eine Krise des Kommunalkredits darstellte.

## **Reform der Gewerbesteuer** *Stefan Homburg*

Die in Deutschland erhobene Gewerbesteuer wird seit langem kritisiert. Der Verfasser zeigt, welchen Anforderungen eine sachgerecht konzipierte kommunale Unternehmenssteuer genügen muss und warum die Gewerbesteuer diese Anforderungen nicht erfüllt. Bei der anschließenden Überprüfung alternativer Modelle erweist sich das System der Wertschöpfungssteuer als ebenso geeignet wie eine vom Autor entwickelte Variante, bei der Kapitaleinkommen steuerfrei bleiben. Die Cash-Flow-Steuer trifft nur ökonomische Reingewinne und hat damit eine noch schmalere Bemessungsgrundlage als die Gewerbesteuer. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Streuung ist die Cash-Flow-Steuer als kommunale Unternehmenssteuer ungeeignet. Der Beitrag macht deutlich, dass jede Reform der Gewerbesteuer zeitgleich einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs bedarf.

## **Die Politik der großen Projekte – am Beispiel des Stadtentwicklungsgebiets Berlin-Adlershof**

*Hartmut Häußermann/Katja Simons*

Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden sozio-ökonomischen Strukturwandels, öffentlicher Finanzknappheit sowie des vielfach beklagten Verlustes politischer Steuerungsmöglichkeiten wird durch Großprojekte wie die Entwicklungsmaßnahme „Berlin-Adlershof“ die Strategie verfolgt, Handlungsfähigkeit in der Stadtentwicklungspolitik zurückzugewinnen. Die Stadtplaner überlassen hierbei die Realisierung der Bauvorhaben nicht mehr allein privaten Investoren, sondern suchen selbst die Kooperation mit Investoren und übernehmen die Regie bei der Entwicklung ganzer Stadtquartiere, die wie private Investitionsprojekte finanziert werden sollen. Großprojekte stellen jedoch sowohl hinsichtlich der Möglichkeiten politischer Steuerung als auch mit Blick auf ihre Finanzierung eine riskante Strategie dar. Denn wenn die Realisierung – wie im geschilderten Fall – aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wie Bevölkerungsrückgang, Wachstumskrise und sinkende Bodenpreise in eine kritische Situation gerät, lassen sich die Konzepte nur schwer anpassen und es entstehen hohe finanzielle Risiken. Das Beispiel zeigt,



dass eine Stadtentwicklungspolitik, die den Markt für sich ausnutzen will, in Widerspruch zu dem geraten kann, was politisch verantwortet werden kann.

### **Landschaftliche Kulturpolitik in Westfalen zwischen Globalisierung und Regionalisierung**

*Karl Ditt*

In dem Beitrag wird nach den Ursachen für die andauernde, bis in die Gegenwart reichende Kontinuität des Konzepts der „Landschaftlichen Kulturpolitik“ in Westfalen gefragt. Der von Vertretern des Provinzialverbandes Westfalen in den Anfängen des Kaiserreichs entwickelte Entwurf wurde Vorbild für die preußischen Provinzialverbände. Der Autor stellt den Wandel der Programmatik dar und verfolgt den Aufbau der entsprechenden Institutionen und Organisationen bis zur Gegenwart. Dabei orientierte sich die Programmatik teils an den jeweiligen kulturellen Paradigmen in den wechselnden politischen Systemen, teils an einem konstanten, in der Bundesrepublik jedoch verblassenden organischen Verständnis westfälischer Kultur. Über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg erfolgte der Aufbau eines intern und extern miteinander verzahnten kulturellen Institutionen- und Organisationssystems, das der Erhaltung, Erforschung und Darstellung der westfälischen Kultur dienen sollte. Dieses bildet bis heute die Grundlage für die Landschaftliche Kulturpolitik in Westfalen.

### **Städtische Umweltverschmutzung durch Verkehrsemissionen in Deutschland 1900 bis 1939**

*Elfi Bendikat*

Das Wissen über den Zusammenhang von Verkehrsentwicklung und Gesundheitsproblemen nahm in den zurückliegenden Jahren ständig zu. Obwohl insbesondere Hygieniker und lokale Interessengruppen Gemeinde und Staat zu restriktiv-regulierenden Interventionen aufforderten, kam es in der Politik kaum zu einem veränderten Handeln. Erstens symbolisierte der Verkehr Fortschritt und wirtschaftlichen Aufschwung. Zweitens genossen technische Verbesserungen nach dem Leitbild der technisch-funktionalen Großstadt Vorrang. Der Einfluss der Industrie schlug sich in den Gesetzen und Verordnungen nieder und wirkte sich bis in Bereiche der Verkehrserziehung aus. So zeigten die Interventionen nur geringe Wirkung und dienten eher der Problembewältigung denn der Problemlösung. Viele Maßnahmen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zurückgenommen.

### **Verkehrsberuhigung in Stadtzentren – unter besonderer Berücksichtigung des Fallbeispiels Lüneburg**

*Peter Pez*

Seit Ende der achtziger Jahre kann von einem Übergang in eine zweite Phase innerstädtischer Verkehrsberuhigung gesprochen werden, in der es um die Minderung von Verkehr in größeren Arealen des Stadtzentrums geht. Dabei sind Me-

**Jahrgang 39. 2000  
1. Halbjahresband,  
Verlag W. Kohlhammer,  
Stuttgart**

**Einzelpreis: DM 75,40**

**Jahresabonnement:**

**DM 149,50**

**Vorzugsabonnement:**

**DM 134,-**

**ISSN 0003-9209**

**Herausgeber:**  
**Karl-Heinrich Hansmeyer,**  
**Wolfgang Haus,**  
**Helmut Klages,**  
**Heinrich Mäding,**  
**Erika Spiegel,**  
**Klaus Stern,**  
**Christiane Thalgott,**  
**Bruno Weinberger**  
**Redaktion: Christian Engeli**

**Bestellung:**  
**Verlag W. Kohlhammer**  
**Telefax: 07 11/7863-0**  
**Telefon: 07 11/7863-393**

**Weitere Informationen:**  
**Dr. phil. Christian Engeli**  
**Telefon: 030/39001-249**  
**E-Mail: engeli@difu.de**

thoden Erfolg versprechend, die über eine Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit sowie Parkzeitbeschränkungen hinausgehen und stattdessen auf eine deutliche Verringerung des Verkehrsvolumens setzen. Die umfangreich dokumentierten Erfahrungen mit einer Verkehrsberuhigung des Stadtzentrums in Lüneburg sowie die Ergebnisse aus anderen in- und ausländischen Städten ergeben ein einheitliches Bild: negative Wirkungen auf die Ökonomie bleiben aus, dagegen erwachsen er-

hebliche städtebauliche und verkehrspolitische Chancen. Bislang erschwerten jedoch partikularistische Ziele und tradierte Einstellungen von Wirtschaftsvertretern die ergebnisoffene Diskussion. Das Hauptproblem der Verkehrsberuhigung in Stadtzentren liegt deshalb nicht auf der Wirkungs-, sondern auf der Umsetzungsebene. In dem Beitrag wird versucht, Hilfen zu formulieren und auf offene Forschungsfragen aufmerksam zu machen.

# Europäische Stadtgeschichtsforschung

## Neues Themenheft der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“



In der aktuellen urbanistischen Debatte wird davon ausgegangen, dass es ein europäisches Stadtmodell mit einer Reihe von Gemeinsamkeiten und Strukturähnlichkeiten gibt. Diese erlauben, die europäische Stadt als einen eigenen Typ von der asiatischen Stadt oder der in erster Linie durch „urban sprawl“ geprägten amerikanischen Stadt abzugrenzen. So ist es dem urbanen Europäer möglich, sich auch in unbekanntem Städten relativ rasch zu orientieren, da er deren Grundstruktur auf bekannte Strukturen beziehen kann und daher die Städte als anders, aber kulturell verwandt empfindet.

Warum sind derzeit Debatten über das europäische Stadtmodell von solchem Interesse für die am Diskurs über die Zukunft der Stadt Beteiligten? Wo liegen heute die Krisen- und Gefährdungsmomente der Städte in Europa? Und was kann die Stadtgeschichte zu dieser Debatte beitragen? Dieter Schott, Professor für Geschichte der Stadtplanung an der Universität Leicester/Großbritannien, beschreibt in seinem Leitartikel für das neue IMS-Themenheft, dass die im wesentlichen von Architekten, Stadtplanern und Soziologen geführte Debatte das Thema Stadtgeschichte oft in beliebiger Weise benutzt. Nur selten werde ausgeführt, auf welche Art von europäischen Städten man sich in welcher Periode als Vorbild bezieht. Dieter Hoffmann-Axthelm etwa nennt als Vorbild für ökologisches Handeln die vorindustrielle Stadt des 18. und frühen 19. Jahrhun-

derts und handelt sich damit von Sozialhistorikern wie Jürgen Kocka den Vorwurf ein, er missachte die mangelnde demokratische Partizipation, die extrem hierarchische Sozialstruktur sowie die Tendenz zu scharfer Abgrenzung und Fernhaltung unerwünschter Zuwanderer in diesen Gemeinwesen. Andere Autoren beziehen sich positiv auf die planerische und stadttechnische Leistung der sich industrialisierenden Bürgerstadt des ausgehenden 19. Jahrhunderts, jedoch ohne zu reflektieren, dass die hohe administrative Effizienz dieser Städte auf der Grundlage einer nur rund zehn bis 15 Prozent der Einwohner beteiligenden Elitendemokratie erfolgte. Häufig begegnet man auch stereotypen Raumbildern, etwa der Vorstellung von einer klaren und scharfen Abgrenzung zwischen Stadt und Land an der Stadtmauer, während die Stadtarchäologie und Denkmalpflege mittlerweile an vielen Beispielen bewiesen hat, dass diese Schärfe nur Resultat einer vorübergehenden Phase, nämlich des frühneuzeitlichen Festungsbaus, war und dass bildliche Darstellungen, die diese klare Abgrenzung zu untermauern scheinen, auch quellenkritisch interpretiert werden müssen. Aber auch den Anhängern der „Netz-Stadt“ lässt sich mangelndes historisches Bewusstsein vorwerfen, wenn sie offenbar von einer fortdauernden Expansion des Siedlungsraumes, von einer völligen Dominanz ökonomischer Prozesse ausgehen. Wer sich mit den „Eisenbahn-Debatten“ aus der Mitte des letzten Jahrhun-

derts oder mit der Wahrnehmung schärfer, geradezu sozialdarwinistischer Städtetechnikkonkurrenz Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt hat, dem kommen die Argumentationsweisen der heutigen Standortdebatten und Globalisierungsdiskurse merkwürdig bekannt vor, auch wenn sie sich teilweise anderer Begriffe bedienen. Und gegenüber linearen Extrapolationen aktueller Entwicklungstrends bietet die europäische Stadtgeschichte ein reichhaltiges Reservoir von Beispielen für Brüche, Diskontinuitäten und deren Verarbeitung, dafür, wie Städte und Stadtgesellschaften mit Expansion, Stagnation und Kontraktion produktiv umgegangen sind, wie es gelang oder misslang, zentrifugale soziale und bauliche Tendenzen wieder ins städtische Raum- und Sozialgefüge zu integrieren. Schließlich wurden auch Geschlechtertürme in den italienischen Renaissance-Städten seinerzeit zerstört, wurden allzu machtbesessene Patrizier gezwungen, ihre Prunkfassaden in Dekor und Maßstäblichkeit stadttüblich einzupassen.

Die neue IMS-Ausgabe ist mit ihrem Themenschwerpunkt ausgerichtet auf den in diesem Sommer (30.8.–2.9.2000) an der Technischen Universität Berlin stattfindenden Kongress der European Association of Urban Historians zum Thema „European Cities: Networks and Crossroads“. Neben dem Leitartikel liefert die exemplarische Buchbesprechung anregende Überlegungen: Der Soziologe Dirk Kaesler beschäftigt sich aus Anlass der Neuauflage der Werke von Max Weber mit der fortwirkenden Bedeutung von dessen Essay über die Stadt. Des Weiteren wird in einer Reihe von Selbstdarstellungen über Zentren und Aktivitäten der Stadtgeschichtsforschung in verschiedenen europäischen Ländern berichtet. Das IMS-Heft enthält daneben weiterhin zahlreiche aktuelle Berichte und Informationen zur modernen Stadtgeschichte, insbesondere die regelmäßig fortgeführte Auswahlbibliographie neuer stadtgeschichtlicher Literatur.

**Weitere Informationen:**  
**Dr. phil. Christian Engeli**  
**Telefon: 030/39001-249**  
**E-Mail: engeli@difu.de**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**



USA: New York – urban sprawl



Italien: Siena



Singapur



Deutschland: Berlin-Oberschöneweide

Photos: Wolf-Christian Strauss

# Information, Kommunikation und Multimedia in den Städten

## Handlungsfelder Wirtschaft/Arbeit und Infrastruktur



In allen Städten ist der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (luK-Technologien), Internet und Multimedia heute ein wichtiges Thema. Drei wesentliche Handlungsbereiche sind dabei eng miteinander verflochten: der luK-Einsatz in der Verwaltung, die „interaktive Verwaltung“ oder das „virtuelle Rathaus“ und die luK-Unterstützung in der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben in der gesamten Breite.

Im kommunalen Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeit besteht ein besonders starker Bezug zum Thema luK und Neue Medien: bei der aktiven Wirtschaftsförderung genauso wie bei der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Relevante Themen sind zum Beispiel die spezifische Förderung des luK- und Medienstandorts, die Auseinandersetzung mit dem Thema E-Commerce, die Förderung des luK-Einsatzes in den Unternehmen und die Unterstützung der Wirtschaftsförderung durch den Einsatz von luK-Technologien.

Vor allem die fünf folgenden Handlungsfelder eignen sich, um den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt durch den Einsatz von luK-Technologien und Neuen Medien zu stärken:

- Ausbau kommunaler Netzinfrastruktur einschließlich des Angebots von Diensten, Schaffung oder Bereitstellung von Standorten (Flächen, bauliche Infrastruktur) für luK- und Medienunternehmen oder intensive luK-Anwender;
- allgemeine Informations- und Interaktionsangebote der Wirtschaftsförderungseinrichtungen; Vermittlung von Angebot und Nachfrage durch Informations- und Interaktionsangebote für bestimmte Zielgruppen der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt;
- Unterstützung bei der Schaffung von Transaktionsangeboten sowohl für die Durchführung elektronischer Geschäftsprozesse zwischen Unternehmen als auch für die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen und Kunden (virtuelle Marktplätze);
- Kompetenzvermittlung, d.h. Aus- und Weiterbildung von Entscheidungssträ-

gern und potenziellen luK-Anwendern in den Betrieben, „Just-in-time-knowledge“ oder Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und Arbeit Suchende im Bereich luK und Multimedia;

- Förderung der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen im luK- und Medienbereich, Förderung der luK-Anwendungen in kleinen und mittleren Unternehmen, Telematiktransfer, Aufklärung über betriebliche Anwendungsfelder, Stärkung des Innovationsmanagements;
- Förderung der lokalen luK- und Medienwirtschaft und Unterstützung der Ausbildung neuer Wertschöpfungsketten, Stärkung von Unternehmenskooperationen und Netzwerken durch luK-Einsatz, Bündelung der bei öffentlichen und privaten Akteuren vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Telematik (Ermittlung der lokalen Wissensbasis), Moderation.

Ein eigenes Kapitel befasst sich genauer mit dem Thema der infrastrukturellen Voraussetzungen, die kommunales Handeln im luK-Bereich erst ermöglichen. Dazu gehören vor allem

- die physische Netzinfrastruktur,
- Kioske, Informationssäulen, Zugangspunkte zum Internet,
- Call-Center für den Verwaltungsbereich und
- bauliche Infrastruktur für die luK- und Medienbranchen.

Es geht in diesem Band also ausschließlich um die außerhalb der Kommunalverwaltung angesiedelten Infrastrukturaufgaben sowie die infrastrukturellen Schnittstellen zwischen Verwaltung und „Außenwelt“.

Genauer wird auf Aktivitäten von Telekommunikationsgesellschaften unter kommunaler Beteiligung (kommunale TK-Carrier) nach der Liberalisierung des TK-Marktes eingegangen. Obwohl im Februar 1999 schon 84 lokale Telekommunikationsgesellschaften unter Beteiligung von Kom-

**Weitere Informationen:**  
**Dr. Busso Grabow**  
**Telefon: 030/39001-248**  
**E-Mail: grabow@difu.de**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**

munen oder kommunalen Unternehmen (meist Stadtwerken) aktiv waren, stellt sich nach wie vor die Frage, inwieweit und mit welchem Zuschnitt die Versorgung mit Telekommunikationsinfrastruktur und -diensten als „neuer“ kommunaler Aufgabenbereich verstanden werden muss. Denn vielfach ist festzustellen, dass Betreibergesellschaften mit kommunaler Beteiligung eine ähnliche Geschäftspolitik betreiben wie ihre privaten Konkurrenten. Besondere Angebote im kommunalen Interesse – wie etwa die Verbesserung des Informationszugangs für Bürger, spezifi-

sche Angebote für die lokale Wirtschaft und die Unterstützung von Stadtinformationssystemen oder virtuellen Marktplätzen – werden bisher vergleichsweise selten geschaffen.

Die Veröffentlichung ist Bestandteil einer „Themenreihe“ des Difu über die Ausgestaltung kommunaler Handlungsstrategien im Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und neuen Medien („Lokale IuK-Politik“). Die weiteren Bände erscheinen in den nächsten Monaten.

## Forum Telematische Städte – KOMM!

Das Projekt „KOMM! – Forum Telematische Städte“ ist eine gemeinschaftliche Initiative des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), des Sekretariats für Zukunftsforschung (SFZ) und des Forschungszentrums für Informationstechnik, Institut für Autonome intelligente Systeme (GMD-AiS). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und die Deutsche Telekom AG unterstützen das Projekt finanziell.

Ziel ist,

- ein Portal (nicht nur) für die Kommunen zu schaffen, das ihnen wichtige Informationen zum kommunalen Handlungsfeld Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) und Neue Medien eröffnet, und gleichzeitig
- ein bundesweites, interaktives Forum zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch, zur Projektentwicklung und Kooperation im Bereich IuK und Neue Medien bereitzustellen.

Ergänzend hierzu wird ein bundesweites Expertennetzwerk aufgebaut, das durch die jeweils spezifischen Kompetenzen den qualifizierten Input für die Themenbereiche in KOMM! gewährleistet. KOMM! steht allen Interessierten offen, sowohl Nutzern von Informationen als auch Informationslieferanten. Die inhaltliche Unabhängigkeit sorgt für eine hohe Akzeptanz und damit für eine optimale Verbreitung in diesem hochgradig interessenbesetzten Handlungsfeld. KOMM! soll einerseits das Portal für übergreifende Themenstellungen (wie die Konzeption einer schlüssigen kommunalen IuK-Politik oder die Auswirkungen der Telematik auf die Städte) sein,

andererseits auch als Informationsquelle zu Einzelaspekten (wie kommunale Netzinfrastruktur, Stadtinformationssysteme, Verkehrstelematik, Telearbeit, Digitale Signatur und interaktive Verwaltung) genutzt werden. Das technische Konzept von KOMM! soll auch für die Informationsdarstellung und die Kommunikations- und Kooperationsplattform des BMWi-Städte Wettbewerbs Multimedia *MEDIA@Komm* genutzt werden.

Das Vorhaben wurde in kommunalen Foren bereits vorgestellt. Ein Projekt dieser Größenordnung benötigt zumindest in seiner Anlaufphase eine entsprechende öffentliche und/oder private Mitfinanzierung. Mit den Unterstützungszusagen des BMWi und der Deutschen Telekom AG konnte das Projekt nun gestartet werden; weitere Finanziers und Träger sind angefragt.

In der Pilotphase von 15 Monaten (die im Juli 2001 abgeschlossen sein soll) wird der Prototyp des Portals entwickelt und vorgestellt. Zwei thematische Teilaspekte des inhaltlichen Angebots von KOMM! – Stadtinformationssysteme und Bürgerbeteiligung im Netz – werden beispielhaft und umfangreich aufbereitet. Gleichzeitig wird die Vorgehensweise für die weiteren Projektphasen spezifiziert. In der Ausbau- und Konsolidierungsphase werden die Themenfelder schrittweise erweitert, das Netzwerk von Kompetenzknoten aufgebaut und begleitende Maßnahmen (z.B. Marketing, Ausbau von Dienstleistungen) intensiviert. Schließlich werden neben dem Web-Angebot auch eine Reihe von „Offline-Angeboten“ umgesetzt, wie etwa begleitende Veranstaltungen und ein regelmäßiger Newsletter.

**Weitere Informationen:**  
**Dr. Busso Grabow**  
**Telefon: 030/39001-248**  
**E-Mail: [grabow@difu.de](mailto:grabow@difu.de)**

# Wo drückt die Kommunen der Schuh?

## Ergebnisse der Difu-Panelbefragung 1999 bei kommunalen Stadtentwicklungsplanern



Im Jahre 1999 wiederholte das Deutsche Institut für Urbanistik zum 21. Mal seine jährliche Städteumfrage zu aktuellen Problemen der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik. Ziel dieser Untersuchungsreihe ist es, einen Einblick in die Struktur der wichtigsten kommunalen Problemlagen zu gewinnen und die Veränderungen dieser „kommunalen Agenda“ im Zeitablauf zu beobachten.

Befragt werden die Mitglieder der „Fachkommission Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages, die Mitglieder der „Konferenz der Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen sowie die Ansprechpartner in den Difu-Zuwanderstädten der neuen Länder. Insgesamt haben sich 72 der 88 angeschriebenen Befragten aus den Städten an der Trendstudie beteiligt, indem sie bis zu sechs Problembereiche formulierten, die in ihrer Stadt von besonderer Bedeutung sind.

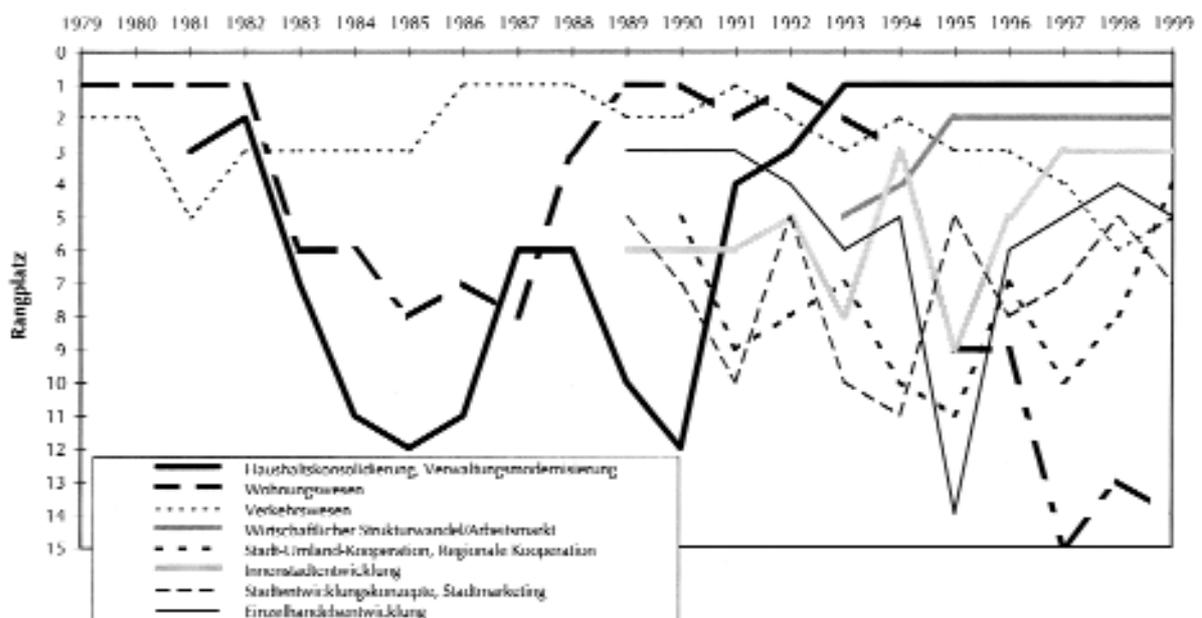
### Welche Problembereiche führen die „kommunale Agenda“ an?

Die ersten sechs Rangplätze sind bundesweit mit folgenden Problembereichen besetzt: An der Spitze liegt der Bereich „Kommunale Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt und wirtschaftlicher Strukturwandel“, der entscheidend durch die Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen geprägt wird. Nahezu gleichauf ist das Feld „Kommunalfinanzen und Haushaltskonsolidierung“.

Der dritte Rangplatz fällt an den Bereich „Innenstadtentwicklung“, gefolgt von der „Verwaltungsmodernisierung“. Auf dem fünften Platz liegt das Problemfeld „Suburbanisierung und Bevölkerungsabwanderung“. Ihm folgt das „Verkehrswesen“ auf Platz sechs. Insgesamt 56 Prozent der Problemnennungen entfallen auf diese ersten sechs Bereiche.

Im Ost-West-Vergleich hat gegenüber den Vorjahren eine weitere Angleichung der Problemsichten stattgefunden. Die ostdeutschen Kommunen betonen den Be-

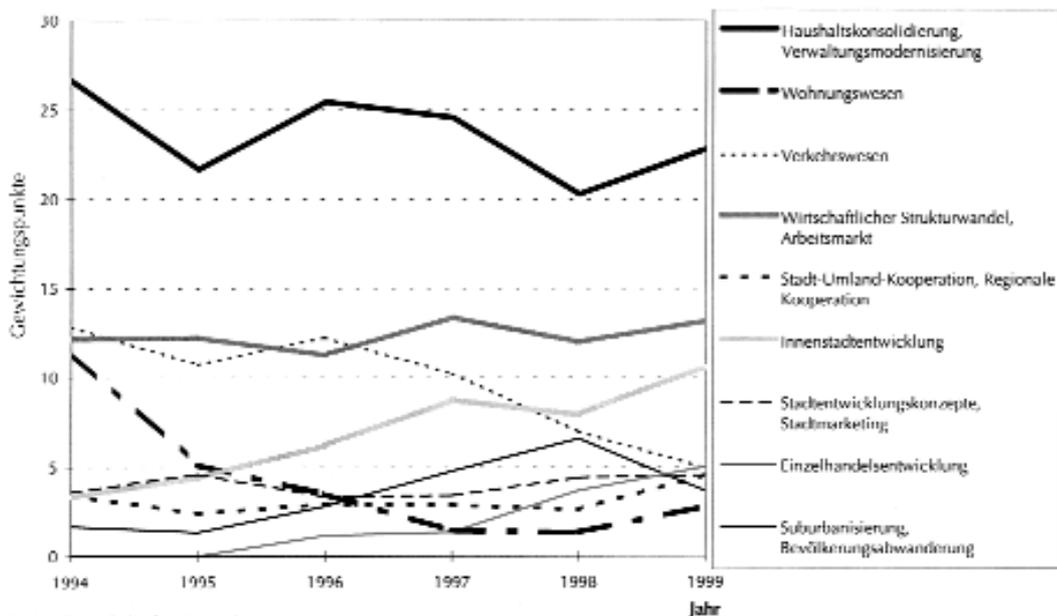
Rangplätze ausgewählter Problembereiche in den Difu-Städteumfragen 1979 bis 1999 – alte Bundesländer



Quelle: jährliche Difu-Städteumfragen

Deutsches Institut für Urbanistik

## Ausgewählte Problembereiche in den Difu-Städteumfragen 1994 bis 1999 – Konjunktur nach Gewichtung



Quelle: jährliche Difu-Städteumfragen

Deutsches Institut für Urbanistik

reich der „Kommunal Finanzen“ etwas stärker als die westdeutschen, bei der „Verwaltungsmodernisierung“ verhält es sich umgekehrt. Bei den Nennungen aus Nordrhein-Westfalen fällt eine starke Konzentration auf wenige Problemfelder auf: Allein 53 Prozent der Antworten fallen auf die oben genannten ersten vier Problembereiche, alle anderen Bereiche werden als eher nachrangig eingestuft.

### Wie haben sich die Problemlagen im Zeitablauf verändert?

Da die Konzeption der Befragung über die Jahre unverändert geblieben ist und die Zuordnung der Antworten zu Problemgruppen nicht wesentlich geändert wurde, lassen sich mittlerweile Zeitreihen von beträchtlicher Länge bilden. Diese können als Ausdruck von „Problemkonjunkturen“ angesehen werden. Für die Städte der alten Länder können sie teilweise bis zum Jahr 1979 zurückverfolgt werden (vgl. S. 8), für die deutschen Städte insgesamt zeigt das Schaubild oben den Kurvenverlauf wichtiger Problembereiche im Zeitraum 1994 bis 1999.

Über den sechsjährigen Beobachtungszeitraum hat sich der Problemdruck im Bereich „Wirtschaftlicher Strukturwandel und Arbeitsmarkt“ nahezu kontinuierlich verstärkt, der Bereich „Verkehrswesen“ hingegen erfährt seit 1996 einen auffallenden Bedeutungsrückgang. Sehr plastisch kommt auch der steigende Problemdruck der „Innenstadtentwicklung“ über den gesamten Beobachtungszeitraum zum Ausdruck. Hier bestehen zusätzlich enge Ver-

bindungen zu den Bereichen „Einzelhandelsentwicklung“ und „Stadt-Umland-Kooperation“. Das Problemfeld „Suburbanisierung“ wurde in den 90er Jahren zunächst von den ostdeutschen Städten genannt. Mittlerweile wird es auch von den westdeutschen Städten stark herausgestellt.

Auch in gesamtdeutscher Sicht fällt der kontinuierlich abfallende Verlauf der Kurve für das Wohnungswesen auf. Bei den westdeutschen Städten durchläuft die Rangplatzkurve über 21 Jahre eine Bandbreite von 15 Rangplätzen in einem ausgesprochen zyklischen Verlauf, der mit der statistischen Reihe der genehmigten bzw. fertiggestellten Wohnungen in Beziehung steht. Aus den ostdeutschen Städten wird in Hinblick auf dieses Feld mittlerweile auf das Problem des Wohnungsleerstands hingewiesen, dessen Lösung neuerdings im Extremfall auch im Abriss von Plattenbauten gesucht wird.

In Kooperation mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker wird gegenwärtig an einer Verknüpfung der Ergebnisse aus der Difu-Befragung mit den Bürgerbefragungen ausgewählter Städte für das Jahr 2000 gearbeitet. Hierdurch soll zusätzlich ein Vergleich der Problemsichten von Bürgern einerseits und Verwaltung andererseits ermöglicht werden.

Die vollständigen Ergebnisse der Problembefragung 1999 sind in der Materialien-Reihe des Difu veröffentlicht.

**Weitere Informationen:**  
**Dr.-Ing. Michael Bretschneider**  
**Telefon 030/39001-281**  
**E-Mail:**  
**bretschneider@difu.de**

**Bestellung:**  
**siehe Bestellschein**

# Flächensparende Siedlungsentwicklung

Szenarien und Potenziale einer nachhaltig flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung

## Problemlage und Untersuchungsziel

Die räumliche Entwicklung ist geprägt durch die anhaltende Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke, die Auflösung und funktionale Entmischung bisher noch kompakter Stadtstrukturen, Verkehrswachstum und damit verbundene Schadstoffbelastungen von Luft, Boden und Wasser sowie Verluste und Beeinträchtigungen der Kulturlandschaft. Diese Entwicklung ist nur im geringen Maße auf Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Sie ist vor allem durch veränderte Lebens-, Arbeits- und Verkehrsformen verursacht. Dabei hängen Siedlungsdispersion, Entmischung und Wachstum des flächenaufwändigen motorisierten Individualverkehrs eng miteinander zusammen.

Derzeit werden in Deutschland täglich etwa 120 Hektar für Siedlungs- und Verkehrszwecke neu in Anspruch genommen. Da eine solche Entwicklung weder umweltverträglich noch wirtschaftlich ist, hat das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit der Enquêtekommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ empfohlen, die jährliche Neuinanspruchnahme von Landschaftsfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke in den kommenden zehn Jahren stufenförmig deutlich zu senken.

Welche Potenziale hierfür bestehen, mit welchen Konzepten, Strategien und weiterzuentwickelnden Steuerungsinstrumenten dieses Ziel erreicht werden kann, ist Gegenstand der vom Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführten Untersuchung.

## Schlüsselindikator „Flächenverbrauch“

Die Untersuchung identifiziert die Flächeninanspruchnahme (Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner) als maßgeblichen Schlüsselindikator einer flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung, der viele andere Indikatoren abdeckt. Denn je mehr Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner zur Verfügung stehen, desto höher ist in der Regel auch die Zunahme der versiegelten Fläche, was eine stärkere Zerschneidung und Verinselung des Freiraums zur Folge hat. Ferner ist mehr „Flächenverbrauch“ in der Regel mit mehr motorisiertem Straßenverkehr und damit größeren Umweltbelastungen verbunden. Grundsätzlich verursacht eine größere

Flächeninanspruchnahme auch höhere Kosten für die technische und soziale Infrastruktur und insgesamt höhere soziale Kosten.

## Grundlagen für ein städtebauliches Leitbild

Zwei unterschiedliche Vorstellungen von Stadt prägen die Fachdiskussion: zum einen das Modell der kompakten Stadt, das sich an der europäischen Stadtkultur orientiert, zum anderen das Modell der „Netz-Stadt“, der flächenextensiven Stadt, das von der allmählichen „Auflösung“ oder Transformation europäischer Stadtstrukturen ausgeht. Der heutige Entwicklungsstand der meisten europäischen Städte bzw. Stadtregionen lässt sich in großen Teilen noch als kompakte Stadt mit Ansätzen oder im Übergang zur „Netz-Stadt“ beschreiben.

Die Untersuchung hat ergeben, dass Chancen einer nachhaltigen Stadtentwicklung bestehen, wenn ein Modell angestrebt wird, das wesentliche Elemente der kompakten Stadt wie Dichte, Nutzungsvielfalt, Konzentration, stadtverträglichen Verkehr beibehält und einige Elemente der „Netz-Stadt“ wie Dezentralisierung und Netzstruktur in bestimmter Weise einbezieht. Diese beiden Elemente der „Netz-Stadt“ können „aufgefangen“ werden in Form eines Schienenverkehrsnetzes für die Stadtregion als Grundgerüst für eine (dezentrale) Konzentration der Siedlungsentwicklung.

Die These, dass die Entwicklung zur „Netz-Stadt“ globalen Trends folgt und damit durch politische Steuerung kaum beeinflussbar ist, wird durch die Untersuchung nicht bestätigt. Eine Reihe von politisch gesetzten Rahmenbedingungen vor allem im Bereich des Steuerrechts, der Wohnungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik, fördert die Entwicklung zur flächenextensiven, autoorientierten Stadt. Solche Rahmenbedingungen ließen sich auch so gestalten, dass sie eine nachhaltige Siedlungsentwicklung unterstützen anstatt diese zu hemmen.

## Szenarien und Potenziale zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

In ost- und westdeutschen Städten bestehen umfangreiche Potenziale für bauliche Nutzungen im Siedlungsbestand. Dies haben Fallstudien am Beispiel der Städte und Regionen Cottbus und Han-

nover ergeben. In einem „Effizienz-Szenario“ wurden die Wiedernutzung von Industrie-, Militär- und Verkehrsbrachflächen, die Bebauung mindergenutzter Baulücken und der Ausbau von Dachgeschossen zugrunde gelegt. Das so ermittelte Wohnungsbaupotenzial im Innenbereich der Städte und Gemeinden der Region Hannover könnte zwei Drittel des gesamten Wohnungsbaubedarfs bis 2010 decken; in der Region Cottbus wären es mehr als 100 Prozent.

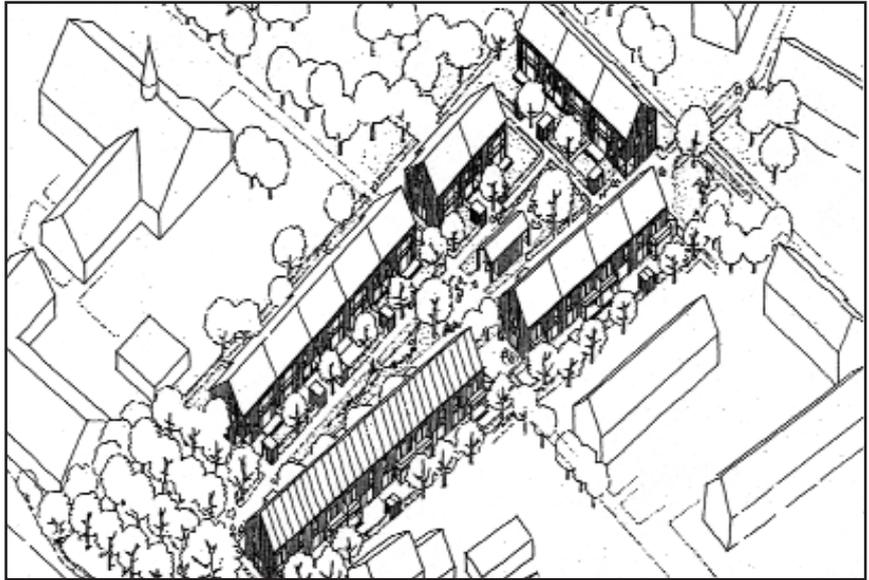
In einem „Struktur- und Bewusstseinswandel-Szenario“ wird von einer alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden Dynamik in Richtung auf eine nachhaltige zukunftsverträgliche Entwicklung ausgegangen, z.B. durch eine neue Wertschätzung des Wohnens in der Stadt bei reduziertem und stadtvträglicherem Autoverkehr, werden weitere Potenziale für bauliche Nutzungen erschlossen, wie z.B. mindergenutzte gewerbliche Bauflächen, Parkplätze, Ergänzungsbauten bei lockerer Bauweise, Aufstockungen von Gebäuden, Aus- und Anbau von Einfamilienhäusern. In diesem Szenario wäre auch in der Region Hannover eine volle Deckung des geschätzten Wohnungsbaubedarfs bis 2010 ohne Neuinanspruchnahme von Landschaft für Siedlungszwecke möglich.

Diese Aussagen gelten tendenziell auch für Gewerbe- und Industrieflächen, für Flächen des Handels und öffentlicher Einrichtungen. Schwieriger einschätzbar ist die Entwicklung neuartiger Freizeitanlagen.

Die für die Szenarien ausgewählten Städte Cottbus und Hannover sind im Hinblick auf ihre Struktur und Entwicklungsdynamik in etwa repräsentativ für Ost- bzw. Westdeutschland. Unter dieser Voraussetzung kann den Ergebnissen eine Allgemeingültigkeit zukommen. Das heißt, dass bei einer Reform der Rahmenbedingungen, die zu einer Mobilisierung innerstädtischer Entwicklungsreserven führt, in Ostdeutschland rechnerisch keine zusätzliche Siedlungsfläche benötigt wird, und auch in Westdeutschland könnte – abgesehen etwa von besonders geförderten Mittelstädten in prosperierenden Regionen – fast die gesamte Stadtentwicklung im Siedlungsflächenbestand realisiert werden.

### **Strategien einer flächensparenden und landschaftsschonenden Siedlungsentwicklung**

Die Hauptaufgabe für Stadtentwicklung und Stadterneuerung besteht darin, den immensen Bestand an Siedlungsbrachflächen vorrangig vor der Neuinanspruchnahme von Freiflächen einer neuen urbanen Nutzung zuzuführen. Dabei kommt es



Flächensparender Eigenheimbau mit kleinem Garten in Herten, 1996.

nicht nur darauf an, diese und andere Potenziale für bauliche Nutzungen im Siedlungsbestand zu erschließen und zu mobilisieren, sondern jeweils auch mit städtebaulichen Verbesserungen zu verbinden. Dazu gehören z.B. Ergänzungen durch andere Nutzungen bei bisher monofunktionalen Gebieten, wie die Stärkung der Wohnfunktion der Innenstadt und innenstadtnaher Quartiere. Verdichtung muss mit ökologischer und sozialer Aufwertung des Wohnumfelds und des Quartiers gekoppelt werden, wenn städtische Lebensform als Alternative zum Wohnen im „Grünen“ für mehr Menschen als bisher attraktiv werden soll. Dazu gehört, dass städtische Wohnformen entwickelt und angeboten werden, die eine Alternative zum freistehenden Eigenheim bieten. Die Untersuchung zeigt, dass hohe Wohnqualität und gartenbezogenes Wohnen auch bei mittlerer bis hoher Baudichte von 50 bis 100 Wohnungen pro Hektar Bruttobauland realisiert werden können. Bestandteil und Voraussetzung für Verdichtung ist ferner die „Qualifizierung“ innerstädtischer Grün- und Freiflächen.

Die These, dass die Grenze einer verträglichen baulichen Dichte aus ökologischen und sozialen Gründen bereits bei einer Geschossflächenzahl von 0,8 bis 1,0 für Wohnnutzung erreicht sei, kann nicht bestätigt werden. Die Untersuchung zeigt auf, dass bis zu einer Geschossflächenzahl von etwa 2,0 – was über dem für Wohnnutzung überhaupt zulässigen Maß bei Neubauten liegt – eine hinreichende wohnungsbezogene Freifläche realisiert werden kann, wenn der Pkw-Bestand unterdurchschnittlich niedrig ist, also nicht höher liegt als z.B. in innenstadtnahen Quartieren Amsterdams oder Kopenhagens (etwa 200 Pkw pro 1 000 Einwohner).

<b>Wohnungsbaupotenziale im Siedlungsflächenbestand</b>		
	Fallstudie Region Hannover	Fallstudie Region Cottbus
Effizienz-Szenario	Wohnungsbaupotenzial (Zahl der Wohnungen) Stadt Hannover 23 800 Ldkrs. Hannover <u>23 000</u> Insgesamt 46 800	Wohnungsbaupotenzial (Zahl der Wohnungen) Stadt Cottbus 6 800 Ldkrs. Spree-Neiße <u>6 200</u> Insgesamt 13 000
Bewusstseins- und Strukturwandel-Szenario	Wohnungsbaupotenzial zusätzlich Stadt Hannover 10 000 Ldkrs. Hannover <u>18 000</u> Insgesamt 74 000	zusätzlich möglich, nicht quantifiziert
Wohnungsbaubedarf 1998-2010 (Zahl der Wohnungen)	70 000	11 000
Quelle: Ermittlung und Zusammenstellung Difu.		

Nicht städtebauliche Bedingungen wie Belichtung, Besonnung, Freiflächen usw. setzen also Grenzen für städtebauliche Verdichtung, sondern der in deutschen Städten relativ hohe Stellplatzstandard und Pkw-Bestand.

Auch die eigentlichen Straßenflächen nehmen einen großen Teil der gesamten Siedlungsfläche in Anspruch und stellen damit ein erhebliches Flächensparpotenzial dar. Maßgeblich ist dabei der motorisierte Individualverkehr (MIV), der pro Personenkilometer einen im Mittel zehnfach größeren Flächenbedarf als öffentlicher und nichtmotorisierter Verkehr aufweist. Ein Verkehrssystem mit möglichst geringem MIV-Anteil stellt somit ein wesentliches Element eines Flächensparkonzepts dar.

#### **Weiterentwicklung von Steuerungs- und Lenkungsinstrumenten**

Der Flächennutzungsplan (F-Plan) ist die entscheidende planerische Grundlage für die künftige Bodennutzung einer Gemeinde. Um die Neuaufstellung von F-Plänen und damit eine Diskussion städtebaulicher Ziele anzuregen und Möglichkeiten zur Neuorientierung zu geben, wird eine Befristung der Geltungsdauer dieser Pläne auf maximal acht bis zehn Jahre empfohlen.

Aufgrund der räumlichen stark ausgeweiteten funktionalen Verflechtungen lassen sich viele kommunale Aufgaben nur noch regional sinnvoll erfüllen. Die Untersuchung zeigt die unterschiedlichen Möglichkeiten regionaler Kooperationen von Zweckverbänden über Regionalkonferenzen, Städteneetze bis zu raumplanerischen Verträgen auf. Regionale Kooperationen können jedoch konkrete Zielfestlegungen nicht ersetzen und scheitern in vielen Fällen aufgrund von Interessenkonflikten. Nachhaltige Siedlungsentwicklung erfor-

dert also eine Stärkung der regionalen Ebene, die über die bisherigen Formen regionaler Kooperation hinausgeht. Als eine Orientierung bietet sich das Modell der dänischen Regionen an, Gebietskörperschaften mit direkt gewähltem Parlament und anteiligen Steuereinnahmen. Die dänischen „Amtskommunen“ haben die Land- und Stadtkreise ersetzt und sind zuständig für Regionalplanung, Landschaft, Natur, Wasserwirtschaft, Straßen, ÖPNV u.a. Ein ähnliches Modell wird zur Zeit für die Region Hannover entworfen.

Viele ökonomische Regelungen mit Raumrelevanz – z.B. aus dem Steuerrecht oder der Wohnungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik – sind im Hinblick auf eine nachhaltige Siedlungsentwicklung wenig zielführend oder sogar kontraproduktiv. Die wichtigsten Vorschläge der Untersuchung sind daher Vorschläge zur Weiterentwicklung ökonomischer Regelungen:

Die Neugestaltung der Grundsteuer, die zur Zeit von Bundes- und Landesbehörden mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände erörtert wird, stellt eine große Chance dar, das Bodenrecht auch mit einer ökologischen Lenkungsfunktion zu versehen. Es ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll und auch verursachergerecht, nicht den Ertrag der Gebäude, sondern Bodenwert und Bodenfläche zum Steuergegenstand zu machen. Eine bodenwertbezogene Komponente hätte den Effekt, Siedlungsbrachen, Baulücken und mindergenutzte Grundstücke zu mobilisieren und damit eher einer neuen oder intensiveren Nutzung zuzuführen. Eine bodenflächenbezogene Komponente würde einen sparsameren Umgang mit der Grundfläche anregen, insbesondere in Niedrigpreiszonen, in denen eine reine Bodenwertsteuer kaum wirksam werden kann.

Das Bodenrecht könnte eine weitere ökologische Lenkungsfunktion übernehmen, indem die bestehende Grunderwerbsteuer in eine Abgabe auf Neuinanspruchnahme von Bodenfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke umgewandelt wird. Die Abgabe wird begründet mit den erheblichen externen Kosten, die Neuinanspruchnahme von Landschaftsfläche für Siedlungszwecke in der Regel verursacht. Da die Grunderwerbsteuer als einmalige Abgabe erhoben wird, könnte eine Flächenverbrauchsteuer ebenfalls als einmalige Abgabe, und zwar anlässlich der Baugenehmigung/Bauanzeige, erhoben werden. Die Höhe der Abgabe sollte nach dem Grad der Versiegelung differenziert werden. Ein solches Lenkungsinstrument ist also besonders geeignet, flächensparendes Planen und Bauen anzuregen und Stadtentwicklung auf bereits versiegelte Flächen zu lenken, das heißt Siedlungsbrachen, Parkplätze usw. als Bauland zu mobilisieren.

Die Städtebau- und Stadterneuerungsförderung hat sich als geeignetes Instrument zur Förderung der Innenstadtentwicklung, der Umnutzung, der Nutzungsmischung, der Verdichtung usw. erwiesen. Eine neue Aufgabe der Stadterneuerung besteht in der Sanierung, Umnutzung und Integration städtebaulicher Brachen. Eine Aufstockung der Fördermittel durch Umschichtung von Finanzmitteln (z.B. der Wirtschaftsförderung) zugunsten der Städtebau- und Stadterneuerungsförderung wird daher empfohlen.

Weiterentwicklungsbedarf in der Wohnungspolitik ergibt sich vor allem für folgende Bereiche: Die Förderpolitik für das Wohneigentum sollte so differenziert werden, dass z.B. flächensparende Bauformen stärker gefördert werden und der Erwerb von Eigentum im Bestand gegenüber dem Neubau mindestens gleichrangig behandelt wird. Der Bau von Wohneigentum in innenstadtnaher Lage oder auf städtischen Brachen, der in der Regel durch hohe Bodenpreise und/oder „Altlasten“ erschwert wird, sollte stärker gefördert werden als Wohnungsbau an anderen Standorten. Flächenaufwändige Bauweisen wie das freistehende Einfamilienhaus an Standorten ohne hinreichendes ÖPNV-Angebot sollten nicht gefördert werden. Instandhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestands und dessen Umfelds in Zusammenarbeit mit Eigentümern und Mietern müssen vorrangig vor Neubau gefördert werden.

Ebenso wie die Wohnungspolitik ist auch das Instrumentarium der regionalen Strukturpolitik so zu gestalten, dass es neben

den wirtschaftspolitischen Belangen auch siedlungs- und verkehrspolitische Ziele fördert. Neben der Konzentration von Fördermitteln auf Siedlungsschwerpunkte sollte eine zusätzliche Staffelung der Förderquoten eingeführt werden, um flächensparende Alternativen zur bisherigen Praxis überdurchschnittlich fördern zu können, wie z.B. gewerblichen Stockwerksbau, Bestandsentwicklung, Gleisanschluss und Nahverkehrsausbau.

Die Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs ist einer der wesentlichen Faktoren, der Siedlungsflächenausdehnung und -dispersion vorantreibt. Daher sind auch die Verkehrsinfrastruktur- und Verkehrslenkungs politik zu überprüfen. Die Verlagerung des Investitionsschwerpunktes von der Straße zur lange vernachlässigten Schiene ist noch nicht hinreichend vollzogen. Eine deutlichere Verlagerung zur Schiene ist erforderlich; denn eine Entlastung der Straßennetze ist weniger durch weiteren Straßenbau, sondern vorrangig durch Strategien der Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf Bahn, Bus, Fahrrad und Schiff zu erreichen.

Einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung grundsätzlich förderlich ist die eingeleitete ökologisch-soziale Steuerreform mit der Erhöhung von Energieverbrauchsteuern und der Entlastung von Lohnnebenkosten. Diese Reform sollte mit steigenden Beträgen fortgeführt und durch Einbeziehen weiteren Ressourcenverbrauchs wie von Boden, Fläche usw. weiterentwickelt werden.

### **Perspektive**

Die Chancen zu einer Trendwende, zu einer ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung sind derzeit besser als in der Vergangenheit. Dafür sprechen die erheblichen Potenziale für eine innerstädtische Entwicklung, die zur Zeit vorhanden sind sowie die sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungen, die eine Renaissance städtischer Lebensformen stärken könnten. Damit diese Chancen auch tatsächlich „erschlossen“ und wirksam genutzt werden, bedarf es vieler Anstöße und Initiativen in diversen Politikbereichen, von denen einige beschrieben worden sind.

*Die Ergebnisse der Untersuchung werden voraussichtlich im Herbst in der Reihe „Berichte“ des Umweltbundesamtes veröffentlicht.*

### **Weitere Informationen:**

**Dipl.-Ing. Christa Böhme**  
**Telefon: 030/39001-291**  
**E-Mail: boehme@difu.de**

**Dipl.-Ing. Ulrike Meyer**  
**Telefon: 030/39001-270**  
**E-Mail: meyer@difu.de**

# Kommunales EU-Forum

Die Ergebnisse der vom Difu im Jahr 1997 durchgeführten Umfrage „EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden“, die u.a. einen großen Bedarf an Informations- und Erfahrungsaustausch der kommunalen EU-Stellen zeigten, veranlassten das Difu zur Einrichtung einer EU-Kommunikationsplattform in Gestalt eines Internet-basierten Forums. Im Herbst 1998 wurden die Zuwanderstädte des Difu schriftlich auf die Einrichtung dieses Forums als besonderes Dienstleistungsangebot hingewiesen und um Anregungen für dessen inhaltliche Gestaltung gebeten. 54 Kommunen (40,9 Prozent) reagierten schriftlich und äußerten sich überwiegend positiv zu dem Vorhaben.

Nach der Freischaltung des „Kommunalen EU-Forums“ Anfang April 1999 wurden diejenigen „EU-Beauftragten“, die eine Internet-Verbindung angegeben hatten, per E-Mail zur Beantragung eines Passwortes als Zugangsberechtigung zum Forum gebeten. Da die Nachfrage nur sehr gering war und zudem viele EU-Beauftragte aufgrund fehlender Angaben zu ihrer E-Mail-Adresse nicht erreicht werden konnten, führte das Difu während der Monate Mai und Juni 1999 eine telefonische „Erinnerungsaktion“ durch, die sich vor allem an Kommunen richtete, die nicht auf das Anschreiben vom Herbst 1998 reagiert hatten; 69 Städte konnten erreicht, auf das Forum aufmerksam gemacht und um Mitarbeit gebeten werden.

Insgesamt begrüßten 86 Zuwanderstädte (65,2 Prozent) schriftlich oder telefonisch die Einrichtung des „Kommunalen EU-Forums“; 24 Kommunen – 19 davon mit weniger als 100 000 Einwohnern – gaben dagegen zum Teil mehrere Gründe an, warum sie nicht an dem Forum teilnehmen wollen oder können (Mehrfachnennungen):

- unzureichende technische und/oder personelle Voraussetzungen (elf Nennungen);
- Es besteht generell – oder weil keine oder nur sehr wenige EU-Projekte durchgeführt werden – kein Bedarf für ein EU-Internet-Forum (acht Nennungen);
- EU-Angelegenheiten werden dezentral bearbeitet und/oder die verwaltungsinterne Zuständigkeit für EU-Angelegenheiten ist unklar (sieben Nennungen);

- EU-Angelegenheiten werden dezentral auf regionaler Ebene koordiniert, weswegen eine kommunale Teilnahme nicht sinnvoll erscheint (drei Nennungen).

Bis Januar 2000 haben 32 Zuwanderstädte (24,2 Prozent) ihr Passwort beantragt. Einige „EU-Beauftragte“ wurden im Frühjahr 1999 persönlich gebeten, erste Beiträge für das Diskussionsforum zu verfassen und ins Netz zu stellen. Lediglich ein Gesprächspartner hatte bis dahin diese Möglichkeit genutzt – sein Beitrag ist damit der einzige aus den Reihen der Zuwanderstädte; alle anderen Informationen auf dieser Seite wurden vom Difu selbst ins Netz gestellt.

Mit einer erneuten telefonischen Rückfrageaktion wurden im Herbst 1999 32 Passwortinhaber/innen erreicht und nach ihren Gründen für die Nichtnutzung des Forums befragt. Die Antworten der Gesprächspartner/innen decken ein breites Spektrum ab (Mehrfachnennungen):

- Aufgrund hoher Arbeitsbelastung bzw. daraus resultierendem Zeitmangel war eine intensive Beschäftigung mit dem Internet-Forum bisher nicht möglich (elf Nennungen).
- Zur Beschaffung relevanter Informationen für die kommunale EU-Arbeit werden andere Bezugsquellen als das „Kommunale EU-Forum“ des Difu genutzt (acht Nennungen). Es besteht eher der Wunsch nach abrufbaren, „schnellen“ Informationen (u.a. zu EU-Programmen und Antragsfristen) als nach Möglichkeiten der Informations-einspeisung (eine Nennung). Persönliche „Face-to-face“-Kontakte sind wichtiger als ein E-Mail-basierter Erfahrungsaustausch (zwei Nennungen).
- Das Forum ist nicht interessant genug; nach einem ersten Besuch gibt es keine Veranlassung, die Seite noch einmal aufzurufen (fünf Nennungen). Mittlerweile besteht kein Bedarf für ein Internet-basiertes EU-Forum mehr (fünf Nennungen).
- Das Passwort wurde verloren oder vergessen (drei Nennungen) oder: Trotz Besitz eines Passwortes wurde das „Kommunale EU-Forum“ bisher noch nicht besucht (zwei Nennungen).

- Da das Internet in Deutschland noch immer ein vergleichsweise neues Medium ist, verzögern Hemmschwellen und Unkenntnis eine intensive Nutzung; das Difu muss daher eine Anlaufphase von etwa einem Jahr kalkulieren (vier Nennungen).
- Eine intensivere Nutzung des Forums scheitert u.a. an einem fehlenden Mailing-System, mit dem auf neu eingegangene Beiträge hingewiesen wird (vier Nennungen).
- Trotz beantragten Passworts ist aufgrund technischer Zugangsprobleme eine aktive Beteiligung am Forum nicht möglich (vier Nennungen).
- Verwaltungsinterne Umstrukturierungen ließen bisher eine Beschäftigung mit dem Forum nicht zu (drei Nennungen).
- Das Internet-Forum ist nicht genügend publik gemacht worden (drei Nennungen).
- Beiträge anderer Kommunen fehlen als „Auhänger“ für einen eigenen Diskussionsbeitrag (eine Nennung); es wird eine stärkere „Anmoderation“ durch das Difu vermisst (eine Nennung).
- Es wird vom Difu gewünscht, die Namen der anderen Teilnehmer des Forums („Gesprächspartner“) zu nennen (eine Nennung).
- Zur Zeit herrscht ein Überangebot an Foren bzw. Veranstaltungen zum Thema EU (eine Nennung).

Fasst man diese Aussagen zusammen, scheinen die Gründe für die bisher ausgebliebene Nutzung des Forums vor allem in einer Diskrepanz zwischen kommunalen Erwartungen, die sich aus der Struktur und den spezifischen Aufgaben der kommunalen „EU-Stellen“ ergeben, und dem Angebot des Difu-Fforums zu liegen. Letzteres war zwar im Vorfeld mit den „EU-Beauftragten“ mehrerer Zuwendungsstädte abgestimmt worden, die hohe Arbeitsbelastung der kommunalen „EU-Beauftragten“ durch Aufgaben des Alltagsgeschäfts scheint jedoch eine Beschäftigung mit dem in diesem Kontext als „sekundär“ empfundenen „Kommunalen EU-Forum“ nicht zu erlauben. Zu den wichtigsten Aufgaben von „EU-Stellen“ werden die unmittelbare Beschaffung präziser Informationen sowie Problemlösungen „Face-to-face“ oder auch telefonisch mit vertrauten Gesprächspartnern gezählt. Das interaktive Difu-Forum basiert hingegen zum einen auf eher allgemeinen Informationen, die von den Teilnehmern selbst bereitgestellt werden sollen, und ermöglicht zum anderen einen Erfahrungsaustausch mit Gesprächspartnern, die aufgrund der Eigenschaften des Mediums Internet vergleichsweise anonym bleiben.

Weitere Gründe für die ausbleibende Nutzung des Internet-Fforums sind in den dafür erforderlichen technischen Voraussetzungen zu sehen. Ausstattungs- bzw. Zugangsprobleme kommunaler Dienststellen, speziell am eigenen Arbeitsplatz, lassen ebenso wie ein oft noch zögerlicher Einsatz des neuen Mediums eine intensive Nutzung nicht zu. Eine mögliche Verbesserung könnte die Einrichtung eines Mailing-Systems darstellen.



**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Geogr. Thomas Franke**  
**Telefon: 030/39001-107**  
**E-Mail: franke@difu.de**

**Dr. phil., Dipl.-Ing.**  
**Werner Heinz**  
**Telefon: 0221/3771-302**  
**E-Mail: heinz@difu.de**

**Susanne Plagemann, M.A.**  
**Telefon: 030/39001-274**  
**E-Mail: plagemann@difu.de**

<http://www.difu.de/eu>

In einigen Fällen scheint schließlich auch die verwaltungsinterne Organisation der kommunalen EU-Arbeit die Mitwirkung am „Kommunalen EU-Forum“ zu erschweren.

Mehr als die Hälfte der 21 im Herbst 1999 kontaktierten Passwortinhaber/innen hielten das Forum trotz aller genannten Gründe für ihre bisher ausbleibende Beteiligung nach wie vor für interessant, wichtig und ausbaufähig; sechs „EU-Beauftragte“ äußerten sich überwiegend negativ, drei Befragte gaben keine Einschätzung ab.

#### **Vorläufiges Fazit**

Das kommunale EU-Forum war bewusst als Pilotprojekt angelegt: mit eingeschränkter Zugangsberechtigung (Difu-Zuwenderstädte), einem spezifischen Ansatz (Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch) und einem offenen Ausgang. Die Pilotphase ist inzwischen abgeschlossen, das vorliegende Ergebnis wenig Erfolg versprechend. Die hierfür maßgeblichen und im Rahmen einer telefonischen Rückrufaktion ermittelten Gründe und Ursachen wurden oben im Einzelnen dargestellt. Deutlich wird daraus vor allem zweierlei:

- Einerseits handelt es sich um organisatorische und technische Schwach-

stellen und Probleme in den Verwaltungen vieler Städte und Gemeinden. Diese betreffen insbesondere die administrative Verortung kommunaler EU-Zuständigkeiten sowie die konkreten Voraussetzungen für einen Internet- und Mailzugang am Arbeitsplatz.

- Andererseits stehen in den Kommunen spezifische Bedarfe im Vordergrund. In Bezug auf den Austausch von Informationen und Erfahrungen bestehen darüber hinaus eindeutige Prioritäten. Gewünscht werden konkrete Informationen und „News“ aus Brüssel, beim Erfahrungsaustausch werden persönliche und konkrete Kontakte den abstrakten Kommunikationsmöglichkeiten des Internet vorgezogen.

Organisatorische und technische Defizite sind zeitspezifischer Natur; sie dürften daher in absehbarer Zeit bei einer immer größeren Zahl von Kommunen weitestgehend abgebaut sein. Eine solche Entwicklung ist bei den anderen genannten Gründen für die mangelnde Beteiligung am EU-Forum jedoch kaum zu erwarten. Das „Kommunale EU-Forum“ des Difu müsste im Falle seiner Fortführung grundlegend verändert oder – und auch dies kann das Ergebnis von Pilotprojekten sein – eingestellt werden.

## **Elektronische Difu-Post bringt „Berichte“ ins Haus**

Die „Berichte“ des Difu können nicht nur als Printprodukt abonniert werden, auch in elektronischer Form verschickt das Difu seinen Newsletter.

Interessenten geben unter der Rubrik „Update-Service“ auf der Difu-Homepage oder unter <http://www.difu.de/difu-news/> lediglich ihre E-Mail-Adresse an und bekommen ab diesem Zeitpunkt die elektronische Difu-Post in ihre Mailbox. Die Abbestellung ist ebenso einfach: E-Mail-Adresse eingeben und auf „Abbestellen“ klicken.

Die Difu-Berichte in elektronischer Form erscheinen etwa zwei bis drei Wochen vor dem regulären Berichte-Versand, da die Produktionsphase sowie Postlaufzeiten eingespart werden können. Auf die üblicherweise beigelegten Infos wie das Se-

minarprogramm muss nicht verzichtet werden, dieses und weitere Difu-Infos werden ebenfalls elektronisch verschickt. Die Berichte-Ausgaben liegen sowohl im pdf- als auch im HTML-Format vor. Mit der elektronischen Difu-Post werden außerdem Informationen verschickt, die kurz nach Redaktionsschluss hinzukamen.

Sollten Sie Interesse am Newsletter per E-Mail haben und fortan auf die Papierform verzichten wollen, so teilen Sie uns dies bitte nach Möglichkeit schriftlich mit (Telefax: 030/39001-130, E-Mail: [schmidt@difu.de](mailto:schmidt@difu.de), Telefon: 030/39001-208). Sie werden dann aus dem Postverteiler genommen.

Natürlich können Sie sich auch zusätzlich zum Postverteiler in den elektronischen Versand eintragen.

**Weitere Informationen:**  
**Sybille Wenke-Thiem**  
**Telefon: 030/39001-208/-209**  
**Telefax: 030/39001-130**  
**E-Mail: wenke-thiem@difu.de**

**Aufnahme in den Verteiler :**  
<http://www.difu.de/difu-news/>

# URBAN 21

## Weltkonferenz zur Zukunft der Städte

Anlässlich der Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen „Rio + 5“ im Jahr 1997 ergriffen Brasilien, Deutschland, Singapur und Südafrika eine gemeinsame „Globale Initiative für nachhaltige Entwicklung“. Eines der zentralen Anliegen dieser Initiative ist es, weltweit Lösungen für eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung zu finden, besonders für die rasch wachsenden Metropolen in den Entwicklungsländern. Im Rahmen dieser Initiative lud Deutschland zur Weltkonferenz URBAN 21 ein.

Mit der Rio-Konferenz hat 1992 die internationale Staatengemeinschaft die gemeinsame Verständigung über eine weltweit nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Auf der Weltausstellung HABITAT II 1996 in Istanbul wurde dieser Dialog speziell für Wohnungs- und Siedlungsfragen vertieft. Hieran anknüpfend sollte die Weltkonferenz URBAN 21, die vom 4. bis zum 6. Juli 2000 in Berlin stattfand, konkrete Lösungen aufzeigen und gleichzeitig die tragenden Visionen und handlungsleitenden Orientierungen für die weltweite Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert entwerfen. URBAN 21 markierte damit einen weiteren Schritt bei den Bemühungen um eine weltweit nachhaltige Entwicklung und konkretisierte die Ziele der Agenda 21 und der Habitat-Agenda.

Die Konferenz stand unter dem Motto der Nachhaltigkeit, die bekanntlich längst nicht mehr ausschließlich als Umweltproblem, sondern als Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem verstanden wird. Als dominierendes soziales Problem der Stadtentwicklung weltweit gelten die wachsenden Desintegrationsprobleme, mit denen sich die Städte konfrontiert sehen. Ihre traditionell zentrale Leistung der Integration unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen, seien diese als Ethnien oder als Schichten, als Fremde oder Einheimische oder durch besondere Lebenslagen definiert, scheint weltweit gefährdet zu sein. An die Stelle relativer Ungleichheit, wie sie in zahlreichen Disparitätsstudien der 60er und 70er Jahre thematisiert wurde, treten, so wird zunehmend erkennbar, Ausschlüsse von Bevölkerungsgruppen, die als „überflüssig“ gelten und deren Integration in sozialpolitische Sicherungen, in den Arbeitsmarkt oder in angemessene Wohnungsversorgung zunehmend prekär zu werden droht.



Durch mehrere Podien und Vortragsreihen zog sich dieses Thema im Rahmen der Konferenz „Urban 21“.

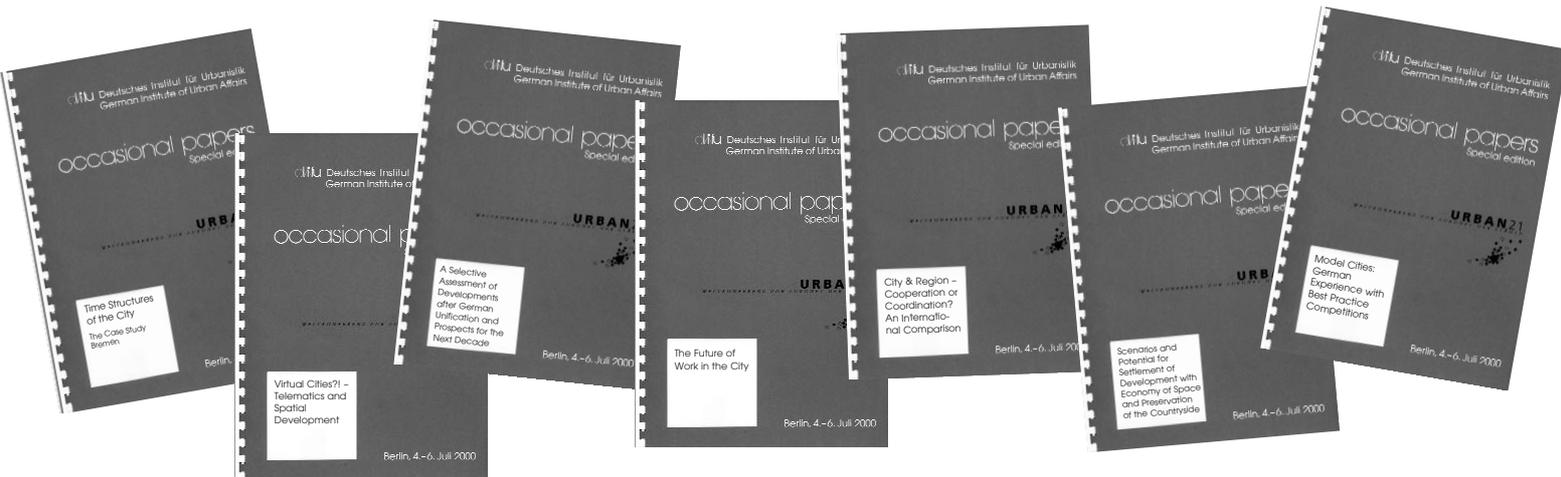
Seit längerem sind die extremen Polarisierungen in Städten von Entwicklungs- und Schwellenländern bekannt. Kleinen Gruppen von sehr Reichen stehen relativ kleine Mittelschichten, aber große Zahlen von Ausgegrenzten gegenüber, die sich in urbanen Elendsquartieren sammeln und als überflüssige Bevölkerung keinerlei soziale Bürgerrechte in Anspruch nehmen können. Auf der Basis langer, entwickelter Sozialstaatstraditionen sind derartige Situationen zwar in den reichen Industrieländern weitgehend unbekannt, aber sowohl in den USA und England mit eher liberaler, residualer Sozialstaatlichkeit als auch in Frankreich deuten sich vergleichbare Entwicklungen an. Konstant hohe Arbeitslosigkeit und Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen z.B. im sozialen Wohnungsbau geben inzwischen zu der Befürchtung Anlass, auch in der Bundesrepublik Deutschland könnten ähnliche Spaltungen der Stadtgesellschaften entstehen. Segregationsprozesse scheinen sich zu beschleunigen, und Studien zu den Gebieten der Benachteiligten legen nahe, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner nicht einfach nur als Benachteiligte, sondern als Ausgegrenzte empfinden.

Aus dieser Situation heraus sind sowohl auf Bundesebene („Die Soziale Stadt“) als auch von Kommunen bzw. Stadtstaaten („Quartiermanagement“ Berlin, „Die soziale Stadtteilentwicklung“ Hamburg) Hilfsprogramme ins Leben gerufen worden, die nicht nur eine bessere Versorgung der Benachteiligten verfolgen, sondern einerseits durch Ausbildungsprogramme, zum anderen durch Projekte freiwilliger, informeller Bürgerarbeit den Bewohnern das subjektive Gefühl von Nützlichkeit und Kompetenz zurückgeben sollen.

Im Symposium des Deutschen Instituts für Urbanistik „Polarisierung der Stadtgesellschaft. Vom Disparitäten- zum Desintegrationsproblem“ wurden Desintegrationsphänomene in den Städten der USA, Frankreichs und Deutschlands behandelt und anschließend die genannten Aktionsprogramme diskutiert.

Teilnehmer an dem Symposium waren Prof. Dr. Peter Marcuse, Columbia Universität New York, Dr. Bernd Hunger, GdW Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen Berlin, Dr. Bettina Reimann, Quar-

- Heinrich Mäding, Berlin 2000. A Selective Assessment of Developments after German Unification and Prospects for the Next Decade, Berlin 2000
- Dieter Apel, Christa Böhme, Ulrike Meyer and Luise Preisler-Holl, Scenarios and Potential for Settlement Development with Economy of Space and Preservation of the Countryside, Berlin 2000
- Holger Floeting, Virtual Cities?! – Telematics and Spatial Development, Berlin 2000
- Werner Heinz, City & Region – Cooperation or Coordination? An International Comparison, Berlin 2000
- Dietrich Henckel, Matthias Eberling and Busso Grabow, The Future of Work in the City, Berlin 2000
- Matthias Eberling, Time Structures of the City. Case Study Bremen, Berlin 1999



tiermanagement Berlin, Matthias Kuhlmann, Lawaetz-Stiftung Hamburg, Robert Sander, Deutsches Institut für Urbanistik Berlin. Moderation und Einführung in das Thema lagen bei Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik Berlin.

**Weitere Informationen:**  
**Dr. Albrecht Göschel**  
**Telefon: 030/39001-235**  
**E-Mail: goeschel@difu.de**

**Die Occasional Papers**  
**finden Sie im Internet unter:**

**[www.difu.de/english/occasional](http://www.difu.de/english/occasional)**

An einem Informationstisch des Difu wurden anlässlich der Konferenz zehn verschiedene Difu-Papers an die Konferenz-Teilnehmer ausgegeben, die Interessierte auch im Volltext kostenfrei über das Internet beziehen können.

Occasional Papers:  
[www.difu.de/english/occasional](http://www.difu.de/english/occasional)

- Heinrich Mäding, Model Cities: German Experience with Best Practice Competitions, Berlin 1999
- Werner Heinz, Growing Discrepancies in Current German Urban Development, Berlin 1997
- Dietrich Henckel, Fields for Decision-Making on the Future of the City, Berlin 1997
- Heinrich Mäding and Carlo Kallen, Local Climate Protection Policy in the Federal Republic of Germany, Berlin 1997

# Interkommunaler Erfahrungsaustausch Stadterneuerung

Vom 10. bis 12. Mai veranstaltete das Difu den „30. Interkommunalen Erfahrungsaustausch Stadterneuerung und Sozialplanung“, der in diesem Jahr in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin durchgeführt wurde. Seit 1972 findet dieser Erfahrungsaustausch jeweils in einer anderen Zuwerderstadt des Difu statt. In Zusammenarbeit mit den Gastgeberstädten werden „vor Ort“ Projekte und Verfahren der Stadterneuerung präsentiert und diskutiert. Das Difu bietet damit vor allem für Stadterneuerer und Planungspraktiker seiner Zuwerderstädte ein Kommunikationsforum zur Umsetzung sozialer und städtebaulicher Ziele im Rahmen der Daueraufgabe Stadterneuerung. Rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten sich in diesem Jahr an den Diskussionen und Exkursionen.

Der diesjährige Erfahrungsaustausch wurde als Rahmenveranstaltung zur „Weltkonferenz zur Zukunft der Städte – URBAN 21“ durchgeführt und deshalb um folgende internationale Aspekte und Berichte ergänzt:

- Ansätze einer sozial orientierten Stadtentwicklungspolitik in den Niederlanden (Prof. Jürgen Rosemann, Universität Delft),
- Handlungskonzepte der Stadtentwicklung in Großbritannien (Pd. Dr. Dirk Schubert, TU Hamburg-Harburg) und Frankreich (Oliver Frey, Difu) sowie
- Entwicklungsperspektiven für Großsiedlungen in osteuropäischen Städten (Heike Liebmann, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS).

Im Zentrum des Erfahrungsaustauschs stand die Berliner Stadterneuerungspolitik. Seit der Vereinigung sind hier Projekte und Maßnahmen zur Stadterneuerung, Stadtentwicklung und zum Stadtumbau in bis dahin nicht gekannten Dimensionen angestoßen und umgesetzt worden. Dieter Geffers (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) betonte, dass angesichts begrenzter Finanzen und zunehmender Segregation für die Berliner Stadterneuerungspolitik neue Prioritäten zu setzen

sind sowie bestehende Förderungen und Instrumente überdacht und weiterentwickelt werden müssen. Außerdem gehe es darum, neue Entwicklungs- und Handlungsperspektiven für Bewohner, Nachbarschaften, lokale Wirtschaft und Investoren aufzuzeigen. In Berlin werden im Rahmen des „Aktionsplans Soziale Stadterneuerung“ gegenwärtig vier benachteiligte Gebietskulissen gefördert:

- 30 förmlich festgelegte Sanierungsgebiete,
- 27 Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus,
- 17 Großsiedlungen in Plattenbauweise,
- 15 Quartiermanagement-Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf,
- sechs Entwicklungsgebiete.

In diesen Gebieten leben rund eine Million Menschen, dies sind etwa 30 Prozent der Einwohnerschaft Berlins.

Am Beispiel ausgewählter Stadterneuerungsgebiete, in die im Anschluss an die Veranstaltung Exkursionen durchgeführt wurden, wurde das breite Spektrum der Berliner Stadterneuerung thematisiert:



Difu-Institutsleiter Professor Dr. Heinrich Mäding eröffnete den diesjährigen Erfahrungsaustausch in Berlin. Photo: Wolf-Christian Strauss

 Berlin Information

**Senatsverwaltung  
für Stadtentwicklung**  
Planen, Bauen, Wohnen,  
Umwelt, Verkehr

**URBAN 21**  
WELTKONFERENZ ZUR ZUKUNFT DER STÄDTE  


  
Deutsches Institut für Urbanistik



Podiumsdiskussion zum Thema „Neue Anforderungen und Aufgaben für Stadterneuerung und Innenstadtentwicklung“ mit (von links): Prof. Urs Kohlbrenner, Planergemeinschaft Dubach-Kohlbrenner, Berlin; Cornelius van Geisten, S.T.E.R.N. GmbH, Berlin; Dr. Heidede Becker/Robert Sander, Difu; Monica Schümer-Strucksberg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin; Prof. Dr. Jürgen Rosemann, Technische Universität Delft.  
Photo: Wolf-Christian Strauss

- Erneuerungspolitik sollte stärker als bisher auch den Um- und Ausbau der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur sowie die qualitative Aufwertung öffentlicher Räume zum Gegenstand haben.
- Angesichts anhaltender Suburbanisierung, der demografischen Entwicklung (Zunahme alter Menschen) und wachsender Leerstände gilt es, Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik auch unter der Perspektive der „schrumpfenden Stadt“ zu betreiben.
- Voraussetzung für eine sozialorientierte Stadtteilentwicklung und Stadterneuerung sind integrative Handlungskonzepte, bei denen baulich-städtebauliche Erneuerung mit Maßnahmen der Sozial-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik verknüpft werden. Dabei geht es besonders um die ressortübergreifende Bündelung von Mitteln und ein qualifiziertes Management auf Quartierebene, wie dies in dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ angelegt ist. Die Umsetzung einer solchen Politik stößt bisher allerdings noch auf institutionelle Barrieren.
- Bewohner- und Nutzermitwirkung sind zentrale Voraussetzungen für das Gelingen integrativer Erneuerungsstrategien; der Zugang zu einzelnen Bevölkerungs- und Bewohnergruppen ist jedoch nicht immer einfach und erfordert differenzierte Teilnahmeformen und Motivationsstrategien. Quartiermanagement benötigt politische, gesellschaftliche und administrative Rückendeckung, um in den Quartieren wirksam zu werden.

- Prenzlauer Berg als Gründerzeitquartier und die Spandauer Vorstadt als historisches Stadterweiterungsgebiet mit Aspekten der behutsamen Altbauserneuerung einschließlich ergänzender Neubebauung und des Denkmalschutzes, mit Problemen des Erhalts preiswerten Wohnraums, der Nutzungsmischung, der Neu- und Umnutzung alter Gewerbebauten, der Erneuerung und Wiederherstellung sozialer Infrastruktur und öffentlicher Plätze sowie der Einrichtung eines qualifizierten Quartiermanagements;
- Oberschöneweide mit Aspekten der Quartiererneuerung und der Einrichtung eines Quartiermanagements sowie der Neu- und Nachnutzung denkmalwürdiger Industrieanlagen,
- die Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf mit Aspekten des Leerstandsmanagements, der weiteren Finanzierung von Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung, der Nachnutzung nicht mehr benötigter sozialer Einrichtungen sowie eines mieterorientierten Wohnungsmanagements.

Vor allem aus der Abschlussdiskussion ergaben sich weiterführende Hinweise für die Stadterneuerungspolitik:

- Qualitative Aspekte der Bestandsverbesserung und -entwicklung werden zukünftig eine größere Rolle in der Erneuerungspolitik spielen als bisher. Dies gilt sowohl für innerstädtische Altbauquartiere als auch für die Großsiedlungen. Intensiver zu klären ist dabei, für welches Klientel Stadterneuerung betrieben werden soll.

Das Difu wird sich vor allem im Rahmen der Begleitung des Programms „Soziale Stadt“ mit diesen Themenkomplexen weiter befassen. Der Erfolg einer integrativen Stadtteil- und Stadtentwicklungspolitik wird letztlich daran gemessen, inwieweit es gelingt, in den Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf weitgehend sich selbst tragende Strukturen zu schaffen.

Zum Abschluss der Veranstaltung verständigten sich die Teilnehmer darauf, dass der nächste Erfahrungsaustausch im Jahr 2001 in Cottbus stattfinden soll. Die Stadt Cottbus plant dann, „10 Jahre Stadterneuerung in Cottbus“ zu präsentieren.

**Weitere Informationen:**  
**Dr. Heidede Becker**  
**Telefon: 030/39001-298**  
**E-Mail: h.becker@difu.de**  
**Dipl.-Soz. Robert Sander**  
**Telefon: 030/39001-267**  
**E-Mail: sander@difu.de**

# Städteettbewerb Multimedia MEDIA@Komm

## Von Konzepten zu Projekten – auf dem Weg zu „elektronischen Rathäusern“ und „elektronischen Marktplätzen“

Im März 1999 wählte eine unabhängige Jury die Städte Bremen, Esslingen und den Städteverbund Nürnberg als Preisträger unter insgesamt 136 Teilnehmern im Städteettbewerb Multimedia *MEDIA@Komm* aus. Mit diesem Wettbewerb unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die Entwicklung und Erprobung von innovativen multimedialen Anwendungen in Städten und Gemeinden. In den nächsten drei Jahren sollen die Preisträger rund 50 Millionen DM für die Realisierung ihrer prämierten Konzepte erhalten.

Die angestrebten Impulse für die kommunale Ebene sind vielfältig:

- Technische Möglichkeiten zur Verbesserung der verwaltungsinternen Effizienz sowie zur Steigerung der Kundenzufriedenheit im Prozess der Verwaltungsmodernisierung sollen erkannt und genutzt werden. In diesem Zusammenhang spielen Entwicklung und Nutzung der digitalen Signatur eine wichtige Rolle.
- Wirtschaftliche Potenziale in zukunftsträchtigen Branchen des gesamten IuK-Bereichs sollen auf kommunaler und regionaler Ebene – etwa durch die Dynamisierung des Mittelstandes – aktiviert werden. Hiervon erwartet man auch positive Beschäftigungseffekte.
- Bürgerpartizipation soll durch die technikgestützte Verbesserung der Transparenz des „elektronischen Rathauses“ gestärkt werden.
- Durch kontinuierlichen Informations-transfer aus den Preisträgerstädten in die kommunale Landschaft sowie den organisierten Erfahrungsaustausch sollen für alle interessierten Städte und Gemeinden Möglichkeiten zur Nachahmung und Übertragung erprobter Konzepte geschaffen werden.

### **Begleitforschung und Aufbau eines Kooperations- und Kommunikationsnetzwerks**

Unter Federführung des Difu wird durch eine wissenschaftliche Begleitforschung die Realisierung der Teilprojekte in den

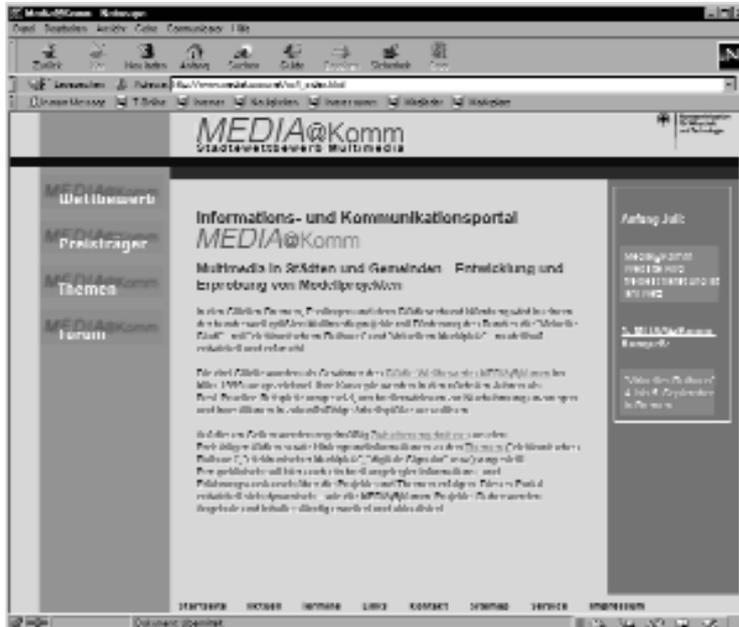
Preisträgerstädten unterstützt. Das Konsortium besteht aus vier Einrichtungen oder Institutionen: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin; DIN Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin; Hans-Bredow-Institut für Medienforschung (HBI) in Verbindung mit der Forschungsstelle Recht und Innovation (CeRI), Hamburg, sowie TÜV Informationstechnologie GmbH (TÜViT), Essen.

Neben klassischen Forschungsaufgaben besteht die zentrale Aufgabe im Rahmen von *MEDIA@Komm* in dem Aufbau eines Kooperations- und Kommunikationsnetzwerks, das den Bedarf an Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer decken sowie als Kommunikations- und Diskussionsplattform, aber auch der Darstellung von Best Practices dienen soll.

Der hiermit angestrebte Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den drei Preisträgerkommunen, allen weiteren Städten und Gemeinden in Deutschland, aber auch den Entwicklern von technischen Lösungen, den Bürgern und Unternehmen als potenziellen Anwendern sowie möglichen Multiplikatoren aus Medien, Wissenschaft usw., wird auf verschiedenen Wegen organisiert. Neben öffentlichen Veranstaltungen und Printmedien ist der neu eingerichteten Informations- und Kommunikationsplattform im Internet ([www.mediakomm.net](http://www.mediakomm.net)) eine zentrale Rolle zugeordnet. Das Angebot bietet Nutzerinnen und Nutzern viele Möglichkeiten:

Informationen über ...

- Hintergrund und Verlauf des Städtewettbewerbs *MEDIA@Komm*;
- aktuelle Projekte und Aktivitäten in den Preisträger- und anderen Städten im Zusammenhang mit *MEDIA@Komm*;
- Hintergrund und Grundlagen, Positionen, Kontaktadressen usw., geordnet nach Themen (u.a. digitale Signatur, elektronisches Rathaus, elektronischer Marktplatz) und Rubriken (Beiträge und Aufsätze, Best Practices, usw.);
- qualifizierte Linklisten, Veranstaltungshinweise usw.



Kommunikation und Interaktion (Realisierung in der zweiten Ausbaustufe) durch ...

- moderierte Foren sowohl zu Grundsatzfragen als auch u.a. zu rechtlichen oder technischen Fachfragen;
- Kooperations-/Kontaktbörsen mit der Möglichkeit des wechselseitigen „Gebens und Nehmens“.

#### Start der Konzeptrealisierung und der Begleitforschungsaktivitäten

Die drei Preisträger begannen ihre Konzeptrealisierung etwa zum Jahreswechsel 2000 jeweils mit offiziellen Auftaktveranstaltungen, nachdem sie und ihre privaten Projektpartner das formelle Antragsverfahren für die Fördermittel des Bundes abgeschlossen hatten. Zurzeit laufen die Vorarbeiten zur Umsetzung der ersten Teilprojekte.

Die erste Bestandsaufnahme der Begleitforschung – dazu werden Arbeitspapiere herausgegeben – zeigte u.a. die enorme Dynamik auf, mit der sich zum Teil auch grundlegende Rahmenbedingungen für die Konzepte der Preisträger, beispielsweise im Bereich der rechtlichen Grundlagen, der technischen und sicherheitstechnischen Möglichkeiten, der Marktentwicklung von Hard- und Softwareprodukten usw., verändern oder weiterentwickeln.

Ein erster durch das Hans-Bredow-Institut organisierter Workshop zu rechtlichen Fragen bot ein Forum für den Austausch und Wissenstransfer zwischen Regierungsbehörden und der Praxis. In erster Linie wurden die großen Unsicherheiten hinsichtlich der Folgen der elektronischen Signatur für die Verwaltung thematisiert. Diese Unsicherheiten betreffen die beste-

henden rechtlichen Grundlagen ebenso wie die notwendig gewordene Weiterentwicklung des deutschen Signaturgesetzes anlässlich der Ende 1999 in Kraft getretenen EU-Richtlinie und weitere rechtliche Anpassungserfordernisse. Die Veranstaltung hat bei den beteiligten Akteuren Wissen vermittelt und das Bewusstsein für rechtliche Fragestellungen geschärft.

In Folge eines ersten Workshops zu Normungs- und Standardisierungsfragen initiiert das Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN) Arbeitsgruppen, die im Hinblick auf die zu entwickelnden technischen und inhaltlichen (Produkte, Geschäftsprozesse) Lösungen für das „elektronische Rathaus“ sowie den „elektronischen Marktplatz“ die normungs- und standardisierungsrelevanten Fragen diskutieren und gegebenenfalls die entsprechenden Verfahren in Gang setzen werden.

#### Der weitere Projektverlauf

Für die Projektlaufzeit ist in jedem Jahr jeweils eine große öffentliche Fachveranstaltung in einer der drei Preisträgerstädte vorgesehen. Hierdurch bietet sich den dortigen Akteuren, dem Fachpublikum und Multiplikatoren die Möglichkeit, den erreichten Stand der Maßnahmen darzustellen sowie sich über Erfahrungen und Probleme auszutauschen, das heißt, „aus der Praxis für die Praxis“ zu diskutieren. Am 4. und 5. September findet die erste Veranstaltung in Bremen zum Themenbereich „Virtuelles Rathaus“ statt. Im Jahr 2001 wird sich die Veranstaltung in Esslingen dem Themenkomplex „Bürgerpartizipation“ widmen, 2002 soll in Nürnberg der Schwerpunkt „elektronische Marktplätze“ im Mittelpunkt stehen.

Aktuelle Informationen im Zusammenhang mit MEDIA@Komm sind am schnellsten über das von der Begleitforschung betreute Informations- und Kommunikationsportal im Internet zu beziehen. Das dort gebündelte Angebot wird sich ebenso wie die MEDIA@Komm-Projekte dynamisch entwickeln. Darüber hinaus werden Newsletter und Arbeitspapiere über den Stand der Aktivitäten der Preisträger und der Begleitforschung informieren.

Durch die konsequente Nutzung der Web-basierten Möglichkeiten der Information und Kommunikation – insbesondere durch die Kommunen – sollen eine breit angelegte Diskussion und Impulse zur Nutzung der sinnvoll erscheinenden Möglichkeiten der Anwendung von IuK-Technologien in den Städten und Gemeinden entstehen. Gleichzeitig wird ein Forum für den Austausch über Hemmnisse, Risiken usw. des IuK-Einsatzes und seiner Folge- und Wechselwirkungen geboten.

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Ing. Uwe Krüger**  
**Telefon: 030/39001-127**  
**E-Mail: u.krueger@difu.de**

**MEDIA@Komm im World Wide Web unter**  
**<http://www.mediakomm.net>**

**Kontakt für die Aufnahme in den Verteiler für regelmäßige Informationen (Mailing-Liste, Newsletter ...) über MEDIA@Komm: Begleitforschung MEDIA@Komm c/o Deutsches Institut für Urbanistik**  
**Straße des 17. Juni 112**  
**10623 Berlin**  
**E-Mail: mediakomm@difu.de**

Am 10. April 2000 startete im Berliner Ernst-Reuter-Haus der Ideenwettbewerb „Stadt 2030“. Rund 160 Gäste waren der Einladung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefolgt, sich über Intention, Ziel und Verfahren des Wettbewerbs „Stadt 2030“ zu informieren. Die Teilnehmer kamen annähernd zu gleichen Teilen aus Kommunen sowie wissenschaftlichen Institutionen und Beratungseinrichtungen.

Die vom Difu organisatorisch und inhaltlich vorbereitete Veranstaltung gliederte sich in zwei Teile. Zunächst präsentierten Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Rainer Jansen, Referatsleiter im Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Dieter Geffers von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ihre Sichten auf aktuelle und drängende Probleme der Stadtentwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte. In einem umfangreichen Grundsatzreferat formulierte anschließend Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, den Forschungs- und Entwicklungsbedarf der deutschen Städte für die kommenden Jahre. Im zweiten Tagungsteil erhielten die Teilnehmer in drei parallelen Arbeitsgruppen und einem Abschlussplenum die Gelegenheit, inhaltliche und organisatorische Bedingungen für die Bearbeitung von Beiträgen im Detail und aus der jeweiligen Sicht ihrer Stadt oder ihrer wissenschaftlichen Einrichtung zu klären.

Die Referenten waren sich darüber einig, dass es bei aller Problematik weit vorausgreifender Prognosen sinnvoll und notwendig sei, Vorstellungen und Bilder der zukünftigen Stadt zu entwickeln, weniger, um diese Bilder direkt zu realisieren, als vielmehr, um einen Informations- und Forschungsbedarf zu definieren, der zum Erreichen wünschenswerter Zustände und Entwicklungen umgesetzt werden muss. Als „Forschung für die Förderung heute für eine zielgenaue Förderung für die Forschung morgen“ bezeichnete Prof. Dr. Mäding die Intention des Wettbewerbs „Stadt 2030“. Dass diese weiten Vorgriffe auf ein Morgen der geschickten und intelligenten Abwägung von wünschenswerter Zukunftsvision und illusionsfreier Einschätzung einer Realisierbarkeit bedürfen, erschien allen Referenten eine begrüßens-

werte Herausforderung, die mit dem Wettbewerb verbunden ist.

Neben inhaltlichen Akzentsetzungen war auch ein großer Konsens über die Notwendigkeit transdisziplinärer Ansätze erkennbar, wie sie der Wettbewerb fordert, und vor allem über eine enge Verflechtung von Wissenschaft und Praxis, die über gängige Verfahren der Auftragsvergabe von Seiten öffentlicher Träger an private Beratungs- oder wissenschaftliche Forschungseinrichtungen deutlich hinausgehen muss. Während den Wettbewerbsteilnehmern bei allen anderen Anforderungen große Spielräume gewährt werden, ist die Bedingung der engen Partnerschaft zwischen Kommune und Beratungs- oder Forschungseinrichtung bei der Antragstellung und Durchführung unabdingbar. Es wurde von den Referenten einhellig darauf verwiesen, dass die im Ausschreibungstext hierzu formulierten Anforderungen Ausschlusscharakter haben.

In der Abschlussdiskussion der Tagung, in der den Teilnehmenden die Gelegenheit geboten wurde, Konkretisierungen der Ausschreibung für die Bedingungen ihrer jeweiligen Kommune einzuholen, wurde auf weitere häufig gestellte Fragen geantwortet:

- Jeder kommunale Teilnehmer kann zwar mit mehreren Beratungs- und Expertengruppen kooperieren, im Rahmen des Wettbewerbs aber nur einmal als Teilnehmer in einer Partnerschaft auftauchen. Es ist daher nicht möglich, dass eine Kommune mit verschiedenen externen Einrichtungen verschiedene Projekte und Konzepte entwickelt und jedes als einzelnen, gesonderten Beitrag einreicht. Jede teilnehmende Kommune muss sich also auf ein Projekt, auf eine „Vision“ ihrer Zukunft einigen und konzentrieren.
- Im Gegensatz dazu sei es denkbar, dass ein wissenschaftliches oder Beratungsinstitut mit mehreren Kommunen kooperiert und sich daher mehrfach in unterschiedlichen Projekten



Dr. Rainer Jansen (BMBF), Dr. Stephan Articus (DST), Dieter Geffers (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin), Professor Dr. Heinrich Mäding (Difu) sprachen im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung im Berliner Ernst-Reuter-Haus



Rund 160 Interessierte aus Kommunen sowie wissenschaftlichen oder Beratungsinstitutionen besuchten die Auftaktveranstaltung.

und Konstellationen als Partner am Wettbewerb beteiligt. Trotzdem wurde aber auch den externen Experteneinrichtungen dringend nahegelegt, ihre Kräfte zu konzentrieren.

- Wiederholt wurde in den Diskussionen am 10. April gefragt, ob mehrere Kommunen einen gemeinsamen Beitrag einreichen können. Dies ist selbstverständlich möglich und im Sinne der Regionalisierung sogar wünschenswert. Allerdings müssen die beteiligten Kommunen in einem regionalen Zusammenhang stehen. Städtennetze, die durch bestimmte Interessenlagen oder andere Besonderheiten eine gemeinsame Problemlage aufweisen, aber nicht in einer Region verbunden sind, können nicht als ein Antragsteller auftreten. Allerdings kann ein Antragsteller, der Mitglied eines solchen thematischen Städtennetzes ist, auf die Übertragbarkeit seiner Probleme und Lösungsvorschläge verweisen, die mit dem Städtennetzwerk nahegelegt wird. Auf diese Weise kann die Mitgliedschaft in einem Städtennetzwerk für die Förderungsauswahl hilfreich sein. Regionale Zusammenhänge können auch grenzüberschreitend sein. Die Vorgabe, dass sich die Ausschreibung nur an deutsche Städte wendet, ist also in diesem Sinne zu relativieren.
- Sektorale Beiträge, also Projekte die sich zum Beispiel nur auf „Wohnen“ oder „Verkehr“ beziehen, liegen nicht im Sinne der Ausschreibung. Es soll in jedem Beitrag gerade um die Verflechtung der verschiedenen Aspekte der Stadtentwicklung, um Verbindung und Integration der verschiedenen Funktionen der Stadt gehen.

**Weitere Informationen:**  
**Dr. Albrecht Göschel**  
**Telefon: 030/39001-235**  
**E-Mail: goeschel@difu**

- Mehrfach wurde nach dem Auswahlverfahren, nach Kriterien und nach einer auswählenden Jury gefragt. Zu diesen Verfahrensfragen ist zu sagen, dass die inhaltlichen Auswahlkriterien, soweit sie nicht aus der Ausschreibung hervorgehen, aus den Beiträgen entwickelt werden. Es bestehen keine vordefinierten Punktesysteme, nach denen eine Auswahl beispielsweise im Sinne eines Ranking erfolgt. Eine Jury im strengen Sinne wird es zumindest bei der ersten Auswahl für die erste Detaillierungsstufe nicht geben. Formal gesehen wählt das BMBF die ihm Erfolg versprechenden Beiträge aus, wird sich bei dieser Auswahl aber der Beratung qualifizierter Experten und des Deutschen Instituts für Urbanistik bedienen.

- Aufgrund vieler in diese Richtung zielenden Fragen wurde im Rahmen der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ nicht um einen Städtebau- oder Architekturwettbewerb traditioneller Prägung handelt. Es soll also nicht ein vom „Auslober“ vorgegebenes Problem gelöst, sondern vielmehr eine Problemdefinition versucht werden, für die dann erst im Laufe der Bearbeitungszeit Lösungsperspektiven entwickelt werden sollen.

Abschließend wurde betont, dass der mit dem Wettbewerb „Stadt 2030“ in Gang gesetzte Prozess von allen Beteiligten hohe Flexibilität verlangt. Dass auch der Träger des Wettbewerbs, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, bemüht ist, diese Flexibilität zu entwickeln, wurde auch daran deutlich, dass auf Drängen der Tagungsteilnehmer spontan der Abgabetermin für die ersten Skizzen vom 31. Mai auf den 16. Juli 2000 verschoben wurde (wie bereits in den Difu-Berichten 1/2000 veröffentlicht). Diese Entscheidung wurde mit Applaus begrüßt, da sie besonders für die Kommunen eine deutliche Erleichterung bei den unvermeidlichen verwaltungsinternen Abstimmungen bedeutet. Auch diese neuen Termine sind im Internet festgehalten. Und schließlich sei noch angemerkt, dass der letzte formale Bewilligungsbescheid für die Durchführung des Wettbewerbs von Seiten des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages nun vorliegt, so dass jetzt auch die finanziellen Mittel freigegeben sind.

Alle Vorträge und Grußworte sowie weitere detaillierte Informationen über den Wettbewerb stehen in der Volltextversion im Internet <http://www.stadt2030.de>.

# DEMOS: Fragebogenmuster für kommunale Umfragen

Mit DEMOS bietet das Difu seinen Zuwerderstädten eine umfangreiche Dokumentation der kommunalen Umfragepraxis. Die Datenbank ermöglicht einen Zugriff auf sozialwissenschaftlich fundierte Befragungen, welche die Kommunen selbst durchführen oder in Auftrag geben. Zudem wurden Befragungen durch Dritte (z.B. Forschungseinrichtungen, Universitäten) aufgenommen, wenn ihre Thematik von kommunalem Interesse ist.

Die Stadtverwaltungen bedienen sich vor allem bei der Vorbereitung von Befragungen der DEMOS-Datenbank, um nach vergleichbaren Praxisbeispielen zu suchen:

Kundenbefragungen). Diese Tendenz wird auch bei der Auswertung der DEMOS-Nachfrage sichtbar.

Von großer Bedeutung ist die Möglichkeit, den jeweils verwendeten Fragebogen erhalten zu können. Bisher wurden den Interessenten aus den Städten Kopien von Fragebogen auf Anfrage zugeschickt. Der „Fachbereich Kommunale Umfragen“ des Verbandes Kommunaler Städtestatistiker hatte anlässlich seiner Frühjahrstagung im Jahre 1999 die Anregung gegeben, die Fragebogen direkt in die DEMOS-Datenbank zu integrieren. Das Difu hat diesen Vorschlag aufgegriffen und umgesetzt:



Welche Stadt hat zu einem bestimmten Thema bereits Befragungen durchgeführt? Welche Methoden wurden dabei mit welchem Erfolg eingesetzt? Welche Fragestellungen haben sich bewährt? Wie kann der interkommunale Ergebnisvergleich gefördert werden?

Zusätzlich liefern die DEMOS-Beschreibungen zusammengefasste Informationen und Hinweise auf weiterführende Unterlagen.

Zur Zeit enthält DEMOS 1330 standardisierte Beschreibungen kommunaler Umfragen zu nahezu allen kommunalen Handlungsfeldern. Besonders häufig wurden in letzter Zeit Befragungen aufgerufen, die im Zusammenhang mit der Modernisierung der Verwaltung stehen. Die Verwaltungsmodernisierung hat in vielen Städten zu zusätzlichen Befragungsaktivitäten geführt (beispielsweise allgemeine Bürgerbefragungen, Mitarbeiterbefragungen,

Seit Beginn 2000 steht DEMOS – wie übrigens auch das Literaturnachweissystem ORLIS – den Zuwerderstädten des Instituts online zur Verfügung.

Bei „Neuzugängen“ für die DEMOS-Datenbank wird künftig der Fragebogen, wenn er von den Kommunen selbst entwickelt wurde, eingescannt und somit zum Standardinformationsangebot gehören. Seit März diesen Jahres erfolgt eine kontinuierliche Nacherfassung des DEMOS-Bestands. Gegen Jahresende werden etwa 400 Befragungsnachweise auch den gescannten Fragebogen enthalten. Diese Fragebogen können über Demos recherchiert und vor Ort ausgedruckt werden. Unabhängig davon können weiterhin Kopien von Fragebogen gegen ein Entgelt von 0,50 DM pro Seite beim Difu in Auftrag gegeben werden. Für die Zuwerderstädte des Difu ist dieser konventionelle Kopierdienst kostenfrei.

## Weitere Informationen:

**Gerlinde Behrendt, M.A.**  
Telefon: 030/39001-273  
E-Mail: behrendt@difu.de

**Dr. Michael Bretschneider**  
Telefon: 030/39001-281  
E-Mail: bretschnneider@difu.de

**Postalische Anfragen:**  
Deutsches Institut  
für Urbanistik, DEMOS,  
Straße des 17. Juni 112,  
10623 Berlin

**Internet: [www.difu.de/extranet](http://www.difu.de/extranet)**  
(nur für Zuwerderstädte frei)

# Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft

## Eine neue Wende in der Kulturpolitik?

**Mit dem Konflikt zwischen öffentlicher und privater Kulturförderung, wie er in der Wende zu einer „aktiven Bürgerschaft“ entsteht, mit den Ansprüchen beider Seiten und mit denkbaren Kompromissen befasst sich die Aktuelle Information „Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft“.**

Nach der programmatischen Neuorientierung von Kulturpolitik in der Reformbewegung der 70er Jahre, die unter dem Schlagwort „Kultur für alle“ Kulturpolitik weitgehend in Sozialpolitik integrierte, und nach der Ökonomisierung von Kulturpolitik in den späten 80er und 90er Jahren, die Kultur als Standortfaktor zu begründen suchte, deutet sich gegenwärtig eine neue Umorientierung an. Zum einen drängen sich mit wachsenden Ungleichheits- und Desintegrationsproblemen in den Städten normative Fragen des Zusammenlebens als Gegenstand von Kulturpolitik wieder stärker in den Vordergrund, wie sie im Kulturstaatsparadigma zwar als Begründung von Kulturpolitik gelten, sowohl in der sozial- als auch wirtschaftspolitischen Interpretation jedoch zunehmend aus dem Blick gerieten. Zum anderen wird im Rahmen der Bemühungen um einen „schlanken Staat“ und angesichts chronischer Defizite in den öffentlichen Haushalten auch die Kommune als Ebene staatlicher Politik gesehen. Auch Kommunen sehen sich mit der Forderung nach Verringerung ihrer Ausgaben und Übertragung von Aufgaben an private Akteure konfrontiert. Dies ist besonders bei freiwilligen Leistungen naheliegend, für die keine gesetzlichen Verpflichtungen zur Realisierung bestimmter Versorgungsstandards bestehen.

Dies scheint die „Stunde der aktiven Bürgergesellschaft“ in der Kulturpolitik und in anderen Politikfeldern zu sein. In Form von Stiftungen, ehrenamtlicher Tätigkeit und privaten Initiativen soll die Bürgerschaft, die Bevölkerung selbst, Aufgaben des Staates, zu dem in diesem Sinne auch die Kommune gezählt wird, übernehmen, weil sie einerseits als kompetenter gilt und andererseits auf diesem Wege Entlastungen der öffentlichen Träger erreicht werden sollen.

Diese Überzeugung resultiert aus der Vorstellung, dass private Akteure einerseits beispielsweise flexibler seien und daher angemessener auf Innovationen in der Kunst reagieren könnten. Andererseits seien sie bevölkerungsnäher, eben „die Bevölkerung“, und trügen daher eher als öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen zur Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwesen bei.

Auf einer kulturpolitischen Tagung der Stadt Ulm am 25. und 26. Februar 2000 wurden entsprechende Konzepte in mehreren Referaten vorgetragen. Nun trifft es zweifellos zu, dass in vielen kommunalen Kultureinrichtungen wenig Verständnis für Forderungen nach Bürgernähe oder Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen zu spüren ist. Häufig verfolgt ein hoch professionelles Personal kunstinterne, künstlerisch bestimmte Standards und Kriterien und sieht keine Möglichkeiten für Anregungen aus Mitbestimmung und Mitsprache der Bürgerschaft. Zum anderen mögen haushalts- und tarifrechtliche Bindungen zu einer gewissen Schwerfälligkeit in den Programmgestaltungen beitragen, obwohl sie natürlich die soziale Sicherheit des Personals garantieren – eine Qualität deutscher Kultureinrichtungen, die nicht leichtfertig unterschätzt werden sollte.

Bei allem Verständnis für Kritiken an kommunaler Kulturpolitik, die zweifellos durch die Integration in Sozial- und Wirtschaftspolitik ihre normative Aufgabe häufig aus dem Blick verloren hat und die trotz ihres sozialpolitischen Anspruchs eine Umverteilung „von unten nach oben“ geblieben ist, scheint jedoch auch die Übertragung wesentlicher Aufgaben auf Private nicht problemlos zu sein. Zum einen würde eine Reduktion ihrer freiwilligen Leistungen die Kommune noch mehr von einer Körperschaft eigenständiger, vorstaatlicher Willensbildung zum Durchführungsorgan staatlicher Politik degenerieren lassen. Zum anderen wäre zu befürchten, dass eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Leistungen, selbst wenn dies ohne explizite Gewinnabsichten geschieht, soziale Ungleichheit vergrößert. Darüber hinaus würden öffentlich relevante kulturelle Entscheidungen an den Willen Privater gebunden, die keinem politischen Mandat unterliegen. Es ist kaum zu erwarten, dass diese beiden Folgen einer Privatisierung von Kulturpolitik zur Identifikation mit dem Gemeinwesen beitragen. Im Gegenteil wirkt die zunehmende Betonung kultureller Identität und Identifikation häufig fast beschwörend angesichts der wachsenden Ungleichheiten und Desintegrationsphänomene in zahlreichen Städten.

**Weitere Informationen:  
Dr. Albrecht Göschel  
Telefon: 030/39001-235  
E-Mail: goeschel@difu.de**

**Bestellung:  
siehe Bestellschein**



Unterzeichnung der IANUS-Verträge am 17.12.1999 in Barcelona

Photo: Diputació de Barcelona

# EU-Projekt IANUS gestartet

## Erfolgreiche Bewerbung am EU-Forschungsprogramm

Mit der Bewertung öffentlicher Gebäude und Dienstleistungen gibt es bisher nur wenige Erfahrungen. Im Rahmen des IANUS-Projekts sollen Verfahren entwickelt werden, mit deren Hilfe städtische Entscheidungsprozesse bei den Investitionen in öffentliche Gebäude und Dienstleistungen durch die Auswertung der Erfahrungen mit bestehenden Gebäuden entscheidend verbessert werden. IANUS ist die Abkürzung für „Indicators System to Assess New Urban Services“, also für ein Indikatorensystem zur Bewertung neuer städtischer Gebäude und Dienstleistungen. Dieses System soll insbesondere aus Indikatoren zur Bewertung der Funktionalität, der Umweltqualität, der ökonomischen Tragfähigkeit und der Nutzerzufriedenheit bestehen.

Zur Durchführung des Projekts wurde ein Konsortium aus Gemeindeverbänden und wissenschaftlichen Instituten aus fünf europäischen Ländern gebildet: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien. Federführend ist die Diputació de Barcelona, ein wichtiger Gemeindeverband der Provinz Barcelona; das Difu ist einer der weiteren vier Hauptauftragnehmer. Dieses Konsortium hat sich an der ersten Ausschreibung „Cities of Tomorrow and Cultural Heritage“ im Rahmen des Fünften Forschungsprogramms der EU be-

teilt. Der Vorschlag für das IANUS-Forschungsprojekt wurde von den EU-Gutachtern als sehr wichtig erachtet, so dass das Projekt zügig begonnen werden konnte: Noch im Dezember 1999 wurde der Konsortialvertrag unterzeichnet, die endgültige Bewilligung durch die EU erfolgte zum 1.2.2000.

Das Difu wird im Rahmen dieses Projekts insbesondere die Gruppe der ökonomischen Indikatoren untersuchen. Unter anderem sollen dazu die Erfahrungen deutscher Städte mit dem Gebäudemanagement genutzt werden. Mit dieser Zielsetzung und zum Test des geplanten Gesamtsystems wird das Difu eng mit der Stadt Herne zusammenarbeiten. Die Ergebnisse sollen aber auch anderen Zuzugstädten des Difu zur Verfügung gestellt werden. Die Zeitplanung sieht vor, dass noch im Jahr 2000 das theoretische Konzept erstellt und 2001 nach einer Testphase mit der „systematischen Verteilung des Wissens“ begonnen wird. Auch die Universitäten sollen von den Erkenntnissen des IANUS-Projekts profitieren: Hierfür werden spezielle Materialien erstellt.

**Weitere Informationen:**  
**Dipl.-Volkswirt Michael Reidenbach**  
**Telefon: 030/39001-295**  
**E-Mail: reidenbach@difu.de**

## I M P R E S S U M

## I M P R E S S U M

berichte – Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

ISSN 1439-6343, Jahrgang 26

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

### Redaktion und Layout

Klaus-Dieter Beißwenger  
Patrick Diekelmann  
Christiane Magirus (Praktikantin)  
Cornelia Schmidt  
Esther Schwöbel (Praktikantin)  
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

### DTP

Eva Hernández  
Elke Postler

### Photos

Wolf-Christian Strauss, Berlin  
Diputació de Barcelona  
Hans-Joachim Zylla, Berlin

### Buchbestellungen bitte nur schriftlich an:

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: verlag@difu.de  
Telefon: 030/39001-256/-253

### Redaktionskontakt und Berichtervertreiter

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: pressestelle@difu.de  
E-Mailverteiler:  
www.difu.de/difu-news  
Internet: www.difu.de

### Erscheinungsweise

vierteljährlich

### Druck

Druckerei Wilhelm Schwarz KG

### Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die Berichte werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

~~Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin, Fax 030/39001-275  
Telefon: 030/39001-256/253, E-Mail: verlag@difu.de, Internet: http://www.difu.de~~

## Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

! Schriften-Bestellungen nur über den Verlag W. Kohlhammer:  
Telefon: 0711/7863-280, Telefax: 0711/7863-430

\_\_Expl. **Stadt & Region – Kooperation oder Koordination?**

Ein internationaler Vergleich  
Hrsg. von Werner Heinz  
2000. 568 S., Abb., Tab., Übersichten,  
DM 73,35, ISBN 3-17-016621-2

\_\_Expl. **Zukunft der Arbeit in der Stadt**

Von Dietrich Henckel, Matthias Eberling  
und Busso Grabow  
1999. 416 S., 37 Abb., 20 Tab., 14 Übersichten,  
2 Karten, DM 68,25  
ISBN 3-17-016363-9

## Difu-Beiträge zur Stadtforschung

\_\_Expl. **Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

Zweite, grundlegend überarbeitete und  
erweiterte Auflage  
Von Arno Bunzel, Diana Coulmas und  
Gerd Schmidt-Eichstaedt  
1999. Bd. 31. 328 S., 38 Regelungsbeispiele,  
6 Übersichten, Sachregister, DM 62,-  
ISBN 3-88118-292-6

\_\_Expl. **Zwischen Pflichtenaufgaben und wirtschaftlicher  
Betätigung – kommunale Abfallentsorgung  
in der Kreislaufwirtschaft**

Von Stephan Tomerius  
1999. Bd. 30. 420 S., 19 Übersichten, 4 Satzungs-  
beispiele, Stichwortregister, DM 82,-  
ISBN 3-88118-291-8

\_\_Expl. **Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik –  
ein neues kommunales Handlungsfeld**

Von Beate Hollbach-Grömig  
1999. Bd. 29. 264 S., 8 Abb., 12 Tab., 9 Übersichten,  
DM 48,-  
ISBN 3-88118-285-3

## Materialien

\_\_Expl. **Information, Kommunikation und Multimedia  
in den Städten**

**Teil II: Handlungsfelder Wirtschaft/Arbeit und  
Infrastruktur** (in Vorbereitung)  
Von Busso Grabow  
Ca. 100 S., Schutzgebühr ca. DM 35,-  
ISBN 3-88118-990-4

\_\_Expl. **Probleme der Stadtentwicklung und  
Kommunalpolitik 1999**

Bearb. von Michael Bretschneider  
Bd. 2/2000. 104 S., Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-299-3

\_\_Expl. **Beiträge für eine sozial-integrative Wohnungspolitik**

Hrsg. von Claus-Peter Echter und Burkhard Hintzsche  
Bd. 1/2000. 162 S., Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-298-5

Bitte senden Sie  
mir ein Verzeichnis  
**aller** lieferbaren  
Difu-Publikationen  
zu (kostenfrei).

Vorname und Name: \_\_\_\_\_

Dienststelle/Institution: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon/Telefax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift/Stempel: \_\_\_\_\_

\_\_Expl. **Kommunale Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und  
Beschäftigungspolitik im Vergleich. Fallstudien  
zum Projekt „Zukunft der Arbeit in der Stadt“**

Hrsg. von Dietrich Henckel  
Bd. 9/99. 352 S., Abb., Tab., Schutzgebühr DM 50,-  
ISBN 3-88118-295-0

\_\_Expl. **Information, Kommunikation und Multimedia  
in den Städten**

**Teil I: Die Fallstudien Braunschweig, Hannover,  
Nürnberg, München**

Von Holger Floeting und Busso Grabow  
Bd. 8/99. 241 S., Abb., Tab., Schutzgebühr DM 45,-  
ISBN 3-88118-293-4

## Arbeitshilfen

\_\_Expl. **Bauleitplanung und Flächenmanagement  
bei Eingriffen in Natur und Landschaft**

Von Arno Bunzel  
1999. 209 S., mit Tipps, Beispielen und  
Hinweisen zu Urteilen sowie Literatur  
Schutzgebühr DM 55,-  
ISBN 3-88118-279-9

## Umweltberatung für Kommunen

\_\_Expl. **Energie-Tische zur Gebäudesanierung**

Erfolg durch Zusammenarbeit  
Von Annett Fischer und Dagmar Hänisch  
2000. 160 S., Abb., Tab., Übersichten,  
Schutzgebühr DM 35,-  
ISBN 3-88118-294-2

\_\_Expl. **Kosten senken durch Energieeinsparung**

Fachkongress-Dokumentation  
Hrsg. von Annett Fischer  
1999. 178 S., Schutzgebühr DM 40,-  
ISBN 3-88118-297-7

\_\_Expl. **Kommunale Umweltberichte**

Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik  
(Projektleitung Cornelia Rösler)  
1999. 876 S., inkl. CD-ROM, Schutzgebühr DM 78,-  
(DM 58,- NBL)  
ISBN 3-88118-283-7

## Aktuelle Information

\_\_Expl. **Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft**

Eine neue Wende in der Kulturpolitik?  
Von Albrecht Göschel  
2000. Schutzgebühr DM 10,-

## Zeitschriften

\_\_Expl. **Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

Halbjahresschrift  
Heft 1/2000: Europäische Stadtgeschichtsforschung  
80 S., Einzelpreis DM 20,-, Jahresabo (2 Hefte) DM 32,-  
ISSN 0340-1774